

Herausgeberin:  
Landeshauptstadt Stuttgart

**Themen**

**2/2013**

**Rund 46 400 Menschen mussten in Stuttgart 2011  
von Sozialer Mindestsicherung leben**

**Rezession 2009 und Boom 2010:  
Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Stadt  
und Region Stuttgart sowie weitere Großstädte**

Wetter 2012 wieder zu warm

Stuttgarter Zahlenspiegel

Veröffentlichungen zu den Themen



Statistik und  
Informationsmanagement  
Monatsheft 2/2013  
72. Jahrgang



**INTERNATIONALES  
JAHR DER STATISTIK**  
TEILNEHMENDE ORGANISATION

Aktuelle Grafik:

Wetter 2012 wieder zu warm 31

---

**Hauptbeiträge:**

**Rund 46 400 Menschen mussten in Stuttgart 2011  
von Sozialer Mindestsicherung leben 32**

**Rezession 2009 und Boom 2010:  
Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Stadt  
und Region Stuttgart sowie andere Großstädte 47**

---

Veröffentlichungen zu den Themen Rückseite

---

**Impressum:**

Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 2/2013

**Herausgeberin:**

Landeshauptstadt Stuttgart  
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart  
Telefon 07 11 2 16-98587, Telefax 07 11 2 16-98570  
E-Mail: [poststelle.12@stuttgart.de](mailto:poststelle.12@stuttgart.de)

Internet: [www.stuttgart.de/statistik](http://www.stuttgart.de/statistik)  
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



## Wetter 2012 wieder zu warm

Matthias Strauß

Etwas zu warm, dabei durchschnittlich feucht war das Stuttgarter Wetter im Jahr 2012. Die mittlere Jahrestemperatur betrug 10,7 °C, 1,3 °C mehr als das langjährige Mittel der Jahre 1961 bis 1990. Die Niederschläge des vergangenen Jahres haben dagegen mit 654 l/m<sup>2</sup> die langjährige Durchschnittsmenge lediglich um 10 l/m<sup>2</sup> (-1,5%) unterschritten.

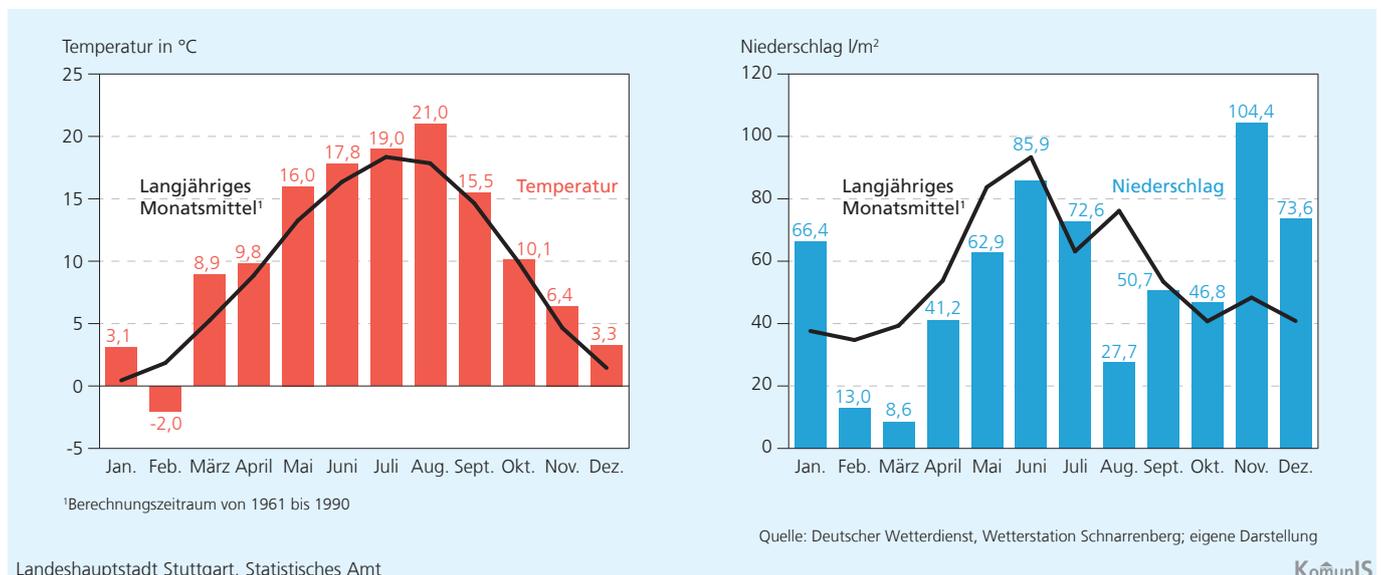
Mit einem viel zu warmen Januar begann das Wetterjahr 2012. Er erreichte eine Durchschnittstemperatur von 3,1 °C, 2,6 °C mehr als der langjährige Wert. Aber der Winter war damit noch nicht vorbei. Am 7. Februar betrug an der Messstelle des Deutschen Wetterdienstes auf dem Schnarrenberg die Tageshöchsttemperatur -9,8 °C. Einen so kalten Tag gab es im Februar noch nie seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Insgesamt betrug die Mitteltemperatur dieses Monats -2 °C, normal wären +1,9 °C gewesen. Der März dagegen schlug bei der Durchschnittstemperatur in die andere Richtung aus und ging letztendlich als drittwärmster März

aller Zeiten (8,9 statt im Schnitt 5,3 °C) in die Statistik ein. Diesen beiden Monaten gemeinsam war ihre Trockenheit. Insgesamt fiel lediglich ein Drittel der sonst üblichen Regenmenge.

Nach einem sommerlichen Frühstart im Mai mit 16 °C, das sind 2,7 °C mehr als üblich, schnitten die ersten beiden Sommermonate Juni und Juli hinsichtlich Temperatur und Niederschlägen durchschnittlich ab. Erst im August wurden wieder beachtliche Temperaturen gemessen. Er erreichte im Schnitt 21 °C und war damit der wärmste August seit dem Rekordsommer 2003. Gleichzeitig fiel nur rund ein Drittel der üblichen Regenmenge. Der heißeste Tag des Jahres 2012 war mit 36,1 °C der 19. August. Insgesamt wurden in den Sommermonaten Juni bis August 2012 40 Sommertage mit einer Maximaltemperatur von 25 °C und mehr gezählt; dabei stieg an zwölf heißen Tagen das Thermometer auf 30 °C und darüber. Der Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1990 liegt bei 27 Sommertagen beziehungsweise vier heißen Tagen.

Der Herbst begann bezogen auf Temperatur und Niederschläge durchschnittlich. Die Monate September und Oktober waren, letzterer trotz eines rekordverdächtig frühen Wintereinbruchs am Ende des Monats, etwas zu warm. Die Abweichungen der Monatsmitteltemperaturen von den langjährigen Mittelwerten lagen beide Male unter 1 °C und damit innerhalb der normalen Schwankungsbreite. Der November fiel durch hohe Temperaturen und viel Niederschlag auf. Statt 4,7 °C lag die mittlere Temperatur bei 6,4 °C, die Gesamtniederschläge erreichten mit 104,4 l/m<sup>2</sup> mehr als das Doppelte der normalen Menge. Entsprechend wurden nur zwei statt der üblichen neun Frosttage mit einer Mindesttemperatur von 0 °C und darunter registriert. Ihm folgte ein zunächst winterlicher Dezember, dessen zweite Hälfte allerdings eher frühlingshaft ausfiel. So wurden an Heiligabend auf dem Schnarrenberg 14,8 °C, am ersten Weihnachtsfeiertag sogar 17 °C gemessen.

Abbildung: Temperaturen und Niederschläge in Stuttgart 2012 – Monatswerte



Robert Gunderlach

## Rund 46 400 Menschen mussten in Stuttgart 2011 von Sozialer Mindestsicherung leben

„Wenn eine freie Gesellschaft nicht den vielen Armen helfen kann, so kann sie auch nicht die wenigen Reichen schützen.“

*John F. Kennedy in seiner Antrittsrede als US-Präsident, 1961*

### Gesellschaftlicher Hintergrund

Ökonomisierung der Gesellschaft

„Wohlstand ist“, so hat Alexander von Humboldt bereits im 19. Jahrhundert einmal gesagt, „wenn man mit Geld, das man nicht hat, Dinge kauft, die man nicht braucht, um damit Leute zu beeindrucken, die man nicht mag.“ Wir leben heute in Deutschland in einer modernen Wohlstandsgesellschaft, wenn auch vielfach auf Pump also auf Kredit sprich Schulden gebaut. „Ohne den Hedonismus der Massen – also ohne dass Menschen konsumieren, bevor sie verdient haben, was sie ausgeben – wären moderne Volkswirtschaften in einem Zustand der ständigen Depression.“ (Dahrendorf, 1987, S. 183). Und weiter schreibt der deutsch-englische Soziologe Dahrendorf, dass „die alten mittelständischen Werte der aufgeschobenen Befriedigung, des heute Sparens und morgen Genießens, ... den Werten der vorweggenommenen Befriedigung, also des Lebensgenusses heute und des Zahlens morgen oder nie, Platz gemacht (haben).“ In dieser wenig nachhaltigen Zukunftsanleihe sieht Dahrendorf bereits vor einem viertel Jahrhundert den sogenannten „neuen“ Kapitalismus (Reaganomics; Thatcherismus) heraufziehen, der dann in der Finanzkrise 2008 seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte.

Die Stiglitz-Kommission und die EU haben vorgeschlagen, Wohlstand künftig nicht nur als materiellen Wohlstand über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu messen, sondern auch Indikatoren der Lebensqualität mit einzubeziehen – also beispielsweise Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Umwelt, sozialer Zusammenhalt sowie zusätzlich zu objektiven auch subjektive Indikatoren (Einstellung und Bewertung).

Neue soziale Ungleichheit

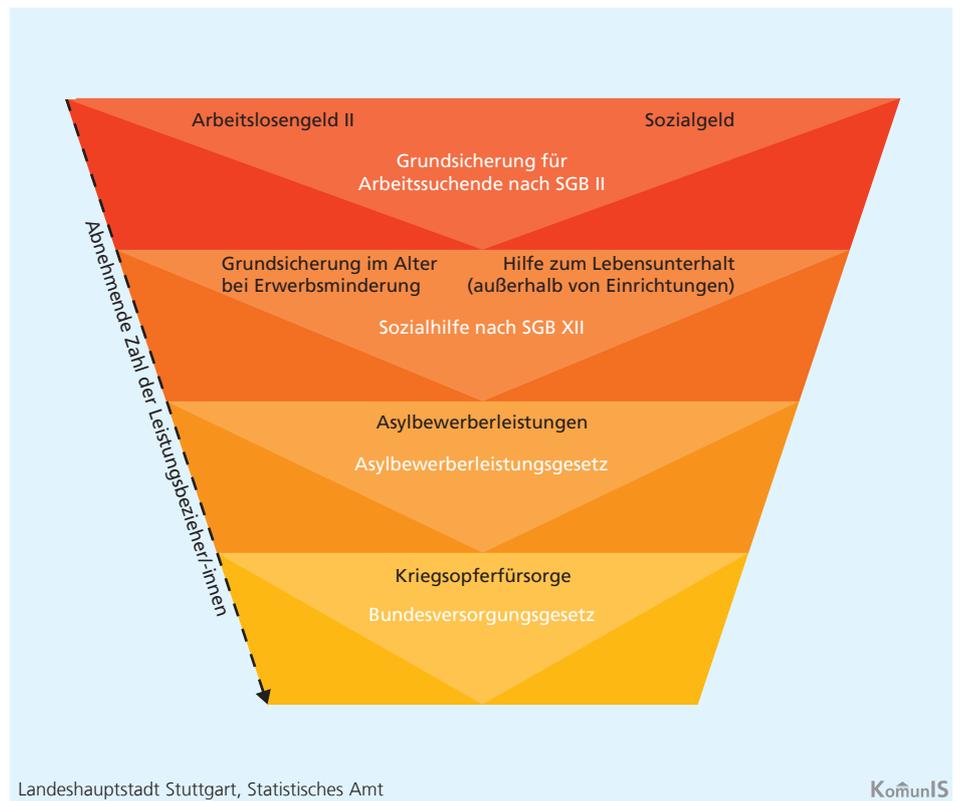
Gegenwärtig lebt die Diskussion über die Sozialstruktur und deren Analyse in Deutschland auch außeruniversitär wieder auf. Wir leben in einem modernen Wohlfahrtsstaat, der vor allem – aber nicht nur – materielle Armutsrisiken in der Wohlstandsgesellschaft bekämpft. Die Ungleichheit selbst wird dabei nicht aus der Welt geschafft. Die neue soziale Ungleichheit in Deutschland durch die neue Umverteilung ist erst jüngst vom Historiker Hans-Ulrich Wehler (Wehler, 2013) als eine abermals neue historische Tatsache angesprochen worden, ausgelöst durch das neoliberale Wirtschaftsverständnis und den entfesselten Finanzmarktkapitalismus. Die Daten und Indikatorensets zu den Folgen (Wohlstandskluft) liegen der amtlichen Statistik seit langem vor, etwa durch die amtliche Sozialberichterstattung des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)) und der Statistischen Ämter der Bundesländer sowie durch die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierungen der letzten Jahre.

So ist etwa öffentlich im Internet die sogenannte Einkommensreichumsquote zugänglich. Diese wird gemessen als Anteil derjenigen, die über 200 Prozent und mehr des Bundesmedian der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung in Deutschland an Einkommen (nicht Vermögen) verfügen. Bundesweit liegt diese Einkommensreichumsquote bei 8,1 Prozent, in Baden-Württemberg liegt sie bei 10,1 Prozent.

Armutsgefährdungsquoten 2011:  
 bundesweit 15,1 Prozent;  
 landesweit 11,2 Prozent;  
 Stuttgart 15,1 Prozent

Die Armutsgefährdungsquote, das sind 60 Prozent des bundesweiten Mediandurchschnittseinkommens, betrug 2011 bundesweit 15,1 Prozent, in den neuen Bundesländern (incl. Berlin) 19,5 Prozent und in den alten Bundesländern 14,0 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2013). In den Bundesländern reicht die Spannweite der Armutsgefährdungsquote von 22,3 Prozent im Stadtstaat Bremen bis zu 11,2 Prozent im Bundesland Baden-Württemberg (vgl. Karte auf Seite 45). 23,4 Prozent oder jeder vierte junge Bundesbürger im Alter von 18 bis 24 Jahren ist hiervon betroffen (Männer 21,9 % und Frauen 25,0 %). Die Armutsgefährdungsquote bei Alleinerziehenden lag 2011 bei 42,3 Prozent und bei den Arbeitslosen noch deutlich höher bei 58,7 Prozent. Das bedeutet: Junge Menschen, Alleinerziehende und Arbeitslose sind die Hauptbetroffenen, wenn wir über Armutsgefährdung reden. In der Landeshauptstadt Stuttgart war 2011 die Armutsgefährdungsquote höher als im Land und gleich wie im Bund bei 15,1 Prozent – 2005 lag sie noch bei 13,0 Prozent und 2008 bei 14,2 Prozent (Paritätischer Wohlfahrtsverband 2012, S. 10 und Statistisches Bundesamt). Die Armutsgefährdung beträgt monatlich nach dem Mikrozensus netto 848 Euro für Einpersonenhaushalte und für einen vierköpfigen Familienhaushalt 1781 Euro (in Baden-Württemberg entsprechend 925 Euro oder 1943 Euro). Wer darunter verdient, ist nach diesem Schwellenwert gegenüber dem Medianwert als armutsgefährdet einzustufen.

Abbildung 1: Zur Sozialen Mindestsicherung gehören:



Soziale Mindestsicherung Teil der „Versorgungsklassen“

Dass die Soziale Marktwirtschaft neue Armutslagen überhaupt hervorbringt, ist genauso wahr wie unerfreulich, aber auch die große Herausforderung der Zeit, insbesondere für die gesellschaftlichen Institutionen Staat, Kommunen und Wohlfahrtsverbände. Klassen, Schichten und soziale Milieus sind Kategorien der Sozialstrukturanalyse. Die grundlegenden „marktbedingten Klassen“ sind beispielsweise Erwerbsklassen, Besitzklassen, Berufsklassen, Soziale Klassen (wie Heiratskreise) usw. Diese sind von Lorenz v. Stein und Max Weber begrifflich eingeführt worden. Die auf Transferleistungen beruhenden „Versorgungsklassen“ (vor allem Rentner, Pensionäre, Grundsicherungsempfänger) hat der Heidelberger Soziologe M. Rainer Lepsius im Anschluss an Max Weber vorgestellt. Der Begriff der „marktbedingten Klassen“ impliziert überdies „Phänomene der Machtverteilung“ wie zum Beispiel unterschiedlicher Zugang und ungleiche Teilhabe zu und an öffentlichen Gütern,

Dienstleistungen und Transferleistungen. Dabei geht es sowohl um ökonomischen wie symbolischen Profit, Gewinn und Nutzen – also um Geld, Vermögen, Kapital, Netzwerke, Bildung, Wissen, Zugang zu Ressourcen, Lebensstil und Lebensart, Titel, Status und soziale Wertschätzung – die zur sozialen Abgrenzung (Distinktion) benutzt werden, wie der französische Soziologe Pierre Bourdieu aufschlussreich gezeigt hat. Die Bezieher von Sozialer Mindestsicherung sind soziologischer Bestandteil der gesellschaftlichen Versorgungsklassen.

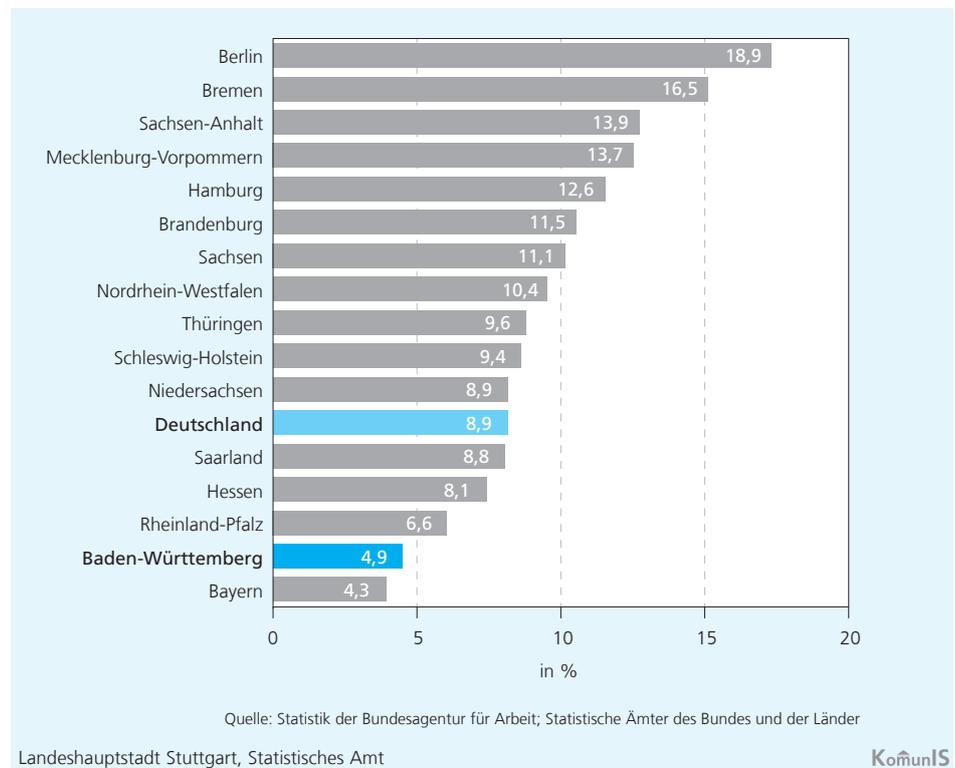
### Soziale Mindestsicherung in Bund und Land

2011: Bundesweit 7,3 Mio. Menschen auf Soziale Mindestsicherung angewiesen ...

Zum Jahresende 2011 erhielten rund 7,3 Mio. Menschen in Deutschland Transferleistungen als Soziale Mindestsicherung zur Sicherung des Lebensunterhalts (Pressemitteilung 383/12 des Statistischen Bundesamtes vom 7.11.2012 und 4. Armuts- und Reichtumsbericht). Damit ist die Empfängerquote in der Bundesrepublik mit 8,9 Prozent auf dem tiefsten Wert seit 2006 gesunken. Dennoch ist die Zahl von bedürftigen Menschen, die unterstützt werden müssen, beachtlich hoch. Jeder elfte Einwohner in Deutschland oder 89 von 1000 Einwohnern befand sich demzufolge 2011 im Auffangnetz der Existenzsicherung. Seit 2006 sind die Empfängerquoten der Sozialen Mindestsicherung zur Sicherung des Lebensunterhalts in den Bundesländern erfreulicherweise zwischen 0,4 und 4,1 Prozentpunkte zurückgegangen – am deutlichsten in Mecklenburg-Vorpommern, am wenigsten in Nordrhein-Westfalen. Wiewohl die neuen Bundesländer insgesamt den größten und die alten Bundesländer die kleinsten prozentualen Rückgänge zu verzeichnen hatten.

34

Abbildung 2: Quote der Leistungsempfänger von Sozialer Mindestsicherung 2011 in den Bundesländern



... landesweit 527 000 Menschen in der Sozialen Mindestsicherung

Im Bundesland Baden-Württemberg waren 2011 zirka 527 000 Menschen auf Transferleistungen der Sozialen Mindestsicherung angewiesen. Die Leistungsempfängerquote der Sozialen Mindestsicherung sank im „Ländle“ damit auf 4,9 Prozent. Nur das Nachbarbundesland Bayern steht mit 4,3 Prozent, aber 546 000 Leistungsempfängern relativ besser da. Spitzenreiter ist das Land Berlin mit 18,9 Prozent oder 661 000 Menschen. Berlin hat damit mehr Mindestsicherungsempfänger, als Stuttgart Einwohner hat. In Nordrhein-Westfalen sind trotz des Rückgangs immer

2011: Bundesweit 4,4 Mio. ALG II-Empfänger und 1,7 Mio. Sozialgeldempfänger (Kinder und Jugendliche)

noch 1,86 Mio. Menschen oder 10,4 Prozent in der Sozialen Mindestsicherung – so viel wie Köln und Dortmund zusammen Einwohner haben.

Etwa 84 Prozent der 7,3 Mio. Leistungsempfänger in Deutschland sind 2011 in „Hartz IV“, das heißt rund 6,1 Mio. Menschen in Deutschland leben von Grundsicherung nach dem zweiten Sozialgesetzbuch entweder von Arbeitslosengeld II (4,4 Mio. = eine Quote von 5,4 %) oder von Sozialgeld (1,7 Mio. = eine Quote von 2,1 %), meist für deren Kinder bis 15 Jahren. Seit 2006 ist die Zahl der Hartz IV-Empfänger bundesweit um 16 Prozent gesunken. Weitere 952 000 Personen mussten 2011 Sozialhilfe nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch in Anspruch nehmen, entweder als Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Deren Zahl stieg seit 2006 bundesweit um 24,7 Prozent.

Unter den 4,4 Mio. ALG II-Beziehern in Deutschland sind nach einer Studie der Nürnberger Arbeitsagentur 1,08 Mio. Dauerbezieher, die seit Einführung von „Hartz IV“ im Jahre 2005 Leistungen beziehen, darunter nicht nur 300 000 schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose, die häufig aus gesundheitlichen Gründen nur weniger als drei Stunden täglich arbeiten können, sondern auch Aufstocker, die zu wenig zum Leben verdienen, Bedarfsgemeinschaften und Alleinerziehende, die wegen der Erziehung von Kindern nicht erwerbstätig sind („Eine Million mal Hoffnungslosigkeit“, Spiegel online, 7.3.2013).

### Soziale Mindestsicherung in Stuttgart

Rückgang auf 46 400 Transferleistungsempfänger

In der Landeshauptstadt Stuttgart erhielten zum Ende des Jahres 2011 rund 46 400 Stuttgarter Einwohner Transferleistungen aus der Sozialen Mindestsicherung. Die Leistungsempfängerquote 2011 ist mit 8,1 Prozent gegenüber 2010 mit seinerzeit 8,7 Prozent deutlich niedriger. 2011 gegenüber 2010 sind in Stuttgart 2636 Personen weniger in der Sozialen Mindestsicherung – ein Rückgang um 5,4 Prozent. Dennoch liegt die Empfängerquote in Stuttgart nur geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt (8,9 %) und weit oberhalb des Landesdurchschnitts (4,9 %).

Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Stuttgart 2011 nach Leistungsarten zeigt nachfolgende Tabelle 1: Von den insgesamt 46 362 Mindestleistungsempfängern oder 8,1 Prozent der Gesamtbevölkerung (anders ausgedrückt: 81 von 1000 Menschen) lebten in Stuttgart 37 775 Personen oder 81,5 Prozent der Bezieher Sozialer Mindestsicherung von „Hartz IV“ sowie Sozialgeldleistungen für die Kinder unter 15 Jahren von „Hartz IV“-Haushalten. Damit sind 6,6 Prozent der Gesamtbevölkerung (66 von 1000 Menschen) in Hartz IV. 1,3 Prozent der Einwohner Stuttgarts erhielten 2011 laufende Sozialhilfe sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 0,1 Prozent waren auf Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen. Die Zahl der Leistungsempfänger von Kriegsopferfürsorge fehlen 2011, da diese nur alle zwei Jahre erhoben werden (2010 betraf dies 206 Personen).

Des Weiteren erhielten noch 10 060 Stuttgarterinnen und Stuttgarter zum Stichtag 31.12.2011 Sozialleistungen, die zwar nicht zur Sozialen Mindestsicherung gehören, jedoch eine wichtige Stütze für ihr „Leben in Würde“ darstellen. Der Betroffenenkreis setzt sich überwiegend zusammen aus Eingliederungshilfe für 4264 behinderte Menschen, sowie 3694 Menschen, die Hilfe zur Pflege bedürfen. Diese beiden Empfängergruppen machen mit 7958 Personen vier von fünf oder 79,1 Prozent der Leistungsempfänger nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII aus (vgl. Tabelle 9).

*„Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“*  
Aus: Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu Hartz IV vom 09.02.2010

Tabelle 1: Empfänger von Leistungen der Sozialen Mindestsicherung 2011 in Stuttgart nach Leistungsarten

Leistungsart	2011	
	Anzahl	Anteil an der Gesamtbevölkerung <sup>3</sup> %
<b>Leistungen nach dem SGB II</b>		
Empfänger ALG II	27 068	4,7
Empfänger Sozialgeld (überwiegend Kinder bis zum 15. Lebensjahr)	10 707	1,9
<b>Leistungen nach dem SGB XII</b>		
Empfänger HLU außerhalb von Einrichtungen	707	0,1
Empfänger Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	7 093	1,2
Empfänger Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	787	0,1
Empfänger laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge <sup>1</sup>	-	
<b>Insgesamt</b>	<b>46 362</b>	<b>8,1</b>
Nachrichtlich: Leistungsempfänger 5. - 9. Kapitel SGB XII <sup>2</sup>	10 060	1,8

<sup>1</sup> Die Zahl der Leistungsempfänger von Kriegsopferfürsorge werden nur alle 2 Jahre erhoben.

<sup>2</sup> Gehören nicht zur Sozialen Mindestsicherung, sind jedoch wichtige Sozialleistungen. Die in den Kapiteln 5 bis 9 SGB XII zusammengefassten Hilfen sind: Hilfe zur Gesundheit, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten und anderer.

<sup>3</sup> Bevölkerung am Hauptwohnsitz zum 31.12.2011: 573 104.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

*Rückgang in Stuttgart vor allem bei Empfängern von ALG II und Sozialgeld – Anstieg bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung*

Seit 2005 ist mit einem Anteil von 8,5 Prozent oder 47 436 Personen die Mindestsicherungsquote in der Landeshauptstadt Stuttgart 2011 auf 8,1 Prozent oder 46 362 Personen zurückgegangen (vgl. Tabellen 2 und 3). Gegenüber 2009 mit dem Höchststand im Zeitraum zwischen 2005 und 2011 von 49 885 Empfängern von Sozialer Mindestsicherung ist die Abnahme um 3523 Personen oder 7,1 Prozent noch deutlicher ausgefallen. Gründe sind die Verringerung der Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zwischen 2005 und 2011 genauso wie die Abnahme der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Am deutlichsten waren im genannten Zeitraum jedoch die Zahlen der Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) und die Empfänger von Sozialgeld (v. a. Kinder) rückläufig. Erhielten 2005 noch 28 678 Personen ALG II, so sind es im Jahr 2011 mit 27 068 Empfängern 1610 Personen (- 5,6 %) weniger. Gegenüber 2009 sind es sogar 3167 Personen weniger oder minus 10,5 Prozent.

*Kinderarmut: 10 700 Kinder betroffen*

Die Zahl der Kinder, die Sozialgeld erhalten, ist gegenüber 2005 mit damals 10 902 Kindern im Jahr 2011 mit 10 707 Kindern nur leicht um 195 oder 1,8 Prozent gesunken, aber gegenüber 2009 mit damals 11 863 Sozialgeldkindern ist der Rückgang um 1156 Kinder (- 9,7 %) sehr deutlich. Im Jahr 2011 waren in Stuttgart von den 10 707 Sozialgeldkindern rund ein Fünftel (20 %) Kleinkinder unter drei Jahren, 21 Prozent waren Kindergartenkinder zwischen drei und unter sechs Jahren, etwa ein Viertel oder 26 Prozent Grundschulkindern im Alter von sechs bis unter zehn Jahren, 29 Prozent Kinder im Alter von 10 bis unter 15 Jahren und knapp vier Prozent im Alter von 15 bis unter 18 Jahren.

Anders sieht es zahlenmäßig bei den Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aus. In dieser Gruppe sind die Empfängerzahlen seit 2005 Jahr für Jahr kontinuierlich angestiegen. 5754 Personen waren 2005 betroffen – 7093 Personen sind es 2011 gewesen. Das ist eine Zunahme um 1339 Empfängerinnen und Empfänger oder 23,3 Prozent innerhalb von sieben Jahren.

Tabelle 2: Empfänger von Leistungen der Sozialen Mindestsicherung in Stuttgart 2005 bis 2011 nach Leistungsarten

Leistungsart	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Anzahl						
<b>Leistungen nach dem SGB II</b>							
Empfänger ALG II	28 678	29 759	29 348	28 119	30 235	29 348	27 068
Empfänger Sozialgeld (überwiegend Kinder bis zum 15. Lebensjahr)	10 902	11 826	11 903	11 368	11 863	11 504	10 707
<b>Leistungen nach dem SGB XII</b>							
Empfänger HLU außerhalb von Einrichtungen	907	816	792	671	733	654	707
Empfänger Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	5 754	6 119	6 260	6 560	6 424	6 679	7 093
Empfänger Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	1 195	1 075	843	665	630	607	787
Empfänger laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge <sup>1</sup>	-	342	-	229	-	206	-
<b>Insgesamt</b>	<b>47 436</b>	<b>49 937</b>	<b>49 146</b>	<b>47 612</b>	<b>49 885</b>	<b>48 998</b>	<b>46 362</b>
Nachrichtlich: Leistungsempfänger 5. - 9. Kapitel SGB XII <sup>2</sup>	8 465	8 590	8 534	7 936	9 097	9 735	10 060

<sup>1</sup> Die Zahl der Leistungsempfänger von Kriegsopferfürsorge werden nur alle 2 Jahre erhoben.

<sup>2</sup> Gehören nicht zur Sozialen Mindestsicherung, sind jedoch wichtige Sozialleistungen. Die in den Kapiteln 5 bis 9 SGB XII zusammengefassten Hilfen sind: Hilfe zur Gesundheit, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten und anderer.

<sup>3</sup> Bevölkerung am Hauptwohnsitz zum 31.12.

Tabelle 3: Empfänger von Leistungen der Sozialen Mindestsicherung in Stuttgart 2005 bis 2011 nach Leistungsarten

Leistungsart	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Anteil an der Gesamtbevölkerung <sup>3</sup>						
	%						
<b>Leistungen nach dem SGB II</b>							
Empfänger ALG II	5,2	5,3	5,2	5,0	5,4	5,2	4,7
Empfänger Sozialgeld (überwiegend Kinder bis zum 15. Lebensjahr)	2,0	2,1	2,1	2,0	2,1	2,0	1,9
<b>Leistungen nach dem SGB XII</b>							
Empfänger HLU außerhalb von Einrichtungen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Empfänger Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	1,0	1,1	1,1	1,2	1,1	1,2	1,2
Empfänger Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Empfänger laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge <sup>1</sup>	-	0,1	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>8,5</b>	<b>9,0</b>	<b>8,8</b>	<b>8,5</b>	<b>8,9</b>	<b>8,7</b>	<b>8,1</b>
Nachrichtlich: Leistungsempfänger 5. - 9. Kapitel SGB XII <sup>2</sup>	1,5	1,5	1,5	1,4	1,6	1,7	1,8

<sup>1</sup> Die Zahl der Leistungsempfänger von Kriegsopferfürsorge werden nur alle 2 Jahre erhoben.

<sup>2</sup> Gehören nicht zur Sozialen Mindestsicherung, sind jedoch wichtige Sozialleistungen. Die in den Kapiteln 5 bis 9 SGB XII zusammengefassten Hilfen sind: Hilfe zur Gesundheit, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten und anderer.

<sup>3</sup> Bevölkerung am Hauptwohnsitz zum 31.12.

*Bad Cannstatt hat absolut und relativ die größte Zahl von Leistungsempfängern*

## Stadtbezirke

Innerhalb des Stadtgebietes der Landeshauptstadt Stuttgart gibt es auch 2011 deutliche Unterschiede in Bezug auf die Leistungsempfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe als Teilbereich der Sozialen Mindestsicherung. Eine Übersicht auf der Ebene der Stadtbezirke liefert nachfolgende Tabelle 4. Personen, die Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz oder aus der Kriegsofopferfürsorge beziehen, sind hier allerdings nicht enthalten: Mit 7410 Leistungsempfängern und einer Kennziffer von 111 Leistungsempfängern je 1000 Einwohner hat der Stadtbezirk Bad Cannstatt absolut und relativ die größte Zahl von Leistungsempfängern aufzuweisen. Die Stadtbezirke Wangen (110 je 1000 Einwohner), Zuffenhausen (107 je 1000 Einwohner) und Mühlhausen (102 je 1000 Einwohner) weisen im äußeren Stadtgebiet die höchsten Kennziffern aus – gefolgt von den inneren Stadtbezirken Stuttgart-Ost (97 je 1000 Einwohner) und Stuttgart-Mitte (91 je 1000 Einwohner).

Diese sechs Stadtbezirke liegen auch 2011 deutlich über dem gesamtstädtischen Mittelwert von 77 je 1000 Einwohner. Fast die Hälfte (47,6 %) und damit insgesamt 21 141 Transferleistungsbezieher leben in diesen sechs Stadtbezirken. Wobei die Zahlen der betroffenen Menschen in diesen sechs Stadtbezirken deutlich variieren – zwischen 928 Empfänger von Transferleistungen von Grundsicherung/Sozialgeld/Sozialhilfe in Wangen oder 4465 Personen in Stuttgart-Ost und 7410 Leistungsempfänger im Stadtbezirk Bad Cannstatt. Die meisten Sozialgeldempfänger, also überwiegend Kinder unter 15 Jahren, wohnen in den Stadtbezirken Bad Cannstatt (1951 Kinder) und Stuttgart-Ost (1067 Kinder). Zusammen sind das 3018 von 10 707 Kindern in Armutsverhältnissen. Mehr als jedes vierte Kind (28,2 %), das von Kinderarmut bedroht ist, kommt aus einem dieser beiden Stadtbezirken.

Im Zeitvergleich der Jahre 2005 bis 2011 heben sich die Filderstadtbezirke Degerloch und Vaihingen mit den niedrigsten Werten hervor. In Degerloch sind 2011 mit 36 von 1000 Einwohnern lediglich halb so viele Menschen betroffen als im gesamtstädtischen Mittelwert von 77 Leistungsempfängern je 1000 Einwohner. In Vaihingen waren es auch nur 46 von 1000 Einwohnern.

Insgesamt beträgt die Betroffenheitsquote von Sozialer Mindestsicherung im Bundesland Baden-Württemberg (4,9 %) etwas mehr als die Hälfte des Bundesdurchschnitts (8,9 %). Die Landeshauptstadt Stuttgart (8,1 %) liegt zwar unter diesem bundesweiten Mittelwert, aber die Betroffenheitsquote ist fast doppelt so hoch wie im Land.

*Degerloch und Vaihingen weisen die niedrigste Zahl an Leistungsempfängern je Einwohner auf*

Tabelle 4: Leistungsempfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe 2011 in den Stuttgarter Stadtbezirken

Stadtbezirk	Grundsicherung SGB II			SGB XII	Empfänger insgesamt	
	Bedarfs- gemeinschaften	Empfänger Arbeitslosen- geld II	Empfänger Sozialgeld <sup>1</sup>	Empfänger Sozialhilfe/ Grundsicherung	Personen	je 1000 Einwohner <sup>2</sup>
Mitte	1 105	1 330	287	321	1 938	91
Nord	822	1 024	465	197	1 686	68
Ost	2 151	2 747	1 067	651	4 465	97
Süd	1 533	1 891	565	506	2 962	70
West	1 483	1 828	582	557	2 967	60
<b>Inneres Stadtgebiet</b>	<b>7 094</b>	<b>8 820</b>	<b>2 966</b>	<b>2 232</b>	<b>14 018</b>	<b>76</b>
Bad Cannstatt	3 377	4 589	1 951	870	7 410	111
Birkach	131	177	88	59	324	50
Botnang	359	498	248	159	905	71
Degerloch	247	330	129	115	574	36
Feuerbach	809	1 062	430	326	1 818	66
Hedelfingen	317	407	181	87	675	74
Möhringen	660	891	341	258	1 490	50
Mühlhausen	1 008	1 477	657	448	2 582	102
Münster	256	315	108	79	502	80
Obertürkheim	323	421	190	72	683	85
Plieningen	290	393	214	104	711	57
Sillenbuch	522	772	327	234	1 333	58
Stammheim	351	466	178	113	757	65
Untertürkheim	541	697	301	160	1 158	73
Vaihingen	895	1 208	509	268	1 985	46
Wangen	460	584	229	115	928	110
Weilimdorf	1 035	1 474	720	349	2 543	83
Zuffenhausen	1 766	2 406	909	503	3 818	107
<b>Äußeres Stadtgebiet</b>	<b>20 441</b>	<b>18 167</b>	<b>7 710</b>	<b>4 319</b>	<b>30 196</b>	<b>78</b>
Nicht zuzuordnen	67	81	31	59	171	
<b>Stuttgart</b>	<b>20 508</b>	<b>27 068</b>	<b>10 707</b>	<b>6 610</b>	<b>44 385</b>	<b>77</b>

<sup>1</sup> Überwiegend Kinder unter 15 Jahren.

<sup>2</sup> Bezogen auf den Hauptwohnsitz.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sozialamt Stadt Stuttgart

Tabelle 5: Leistungsempfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe in Stuttgart je 1000 Einwohner in den Stuttgarter Stadtbezirken seit 2005

Stadtbezirk	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	je 1000 Einwohner <sup>1</sup>						
Mitte	115	114	111	98	106	105	91
Nord	83	85	84	75	80	76	68
Ost	99	106	105	105	110	106	97
Süd	86	86	86	81	81	76	70
West	67	71	70	67	69	65	60
<b>Inneres Stadtgebiet</b>	<b>87</b>	<b>90</b>	<b>89</b>	<b>84</b>	<b>88</b>	<b>84</b>	<b>76</b>
Bad Cannstatt	113	121	116	113	120	118	111
Birkach	54	64	64	55	63	55	50
Botnang	59	70	70	69	69	71	71
Degerloch	39	43	45	39	39	38	36
Feuerbach	72	76	76	76	77	75	66
Hedelfingen	72	77	80	73	80	77	74
Möhringen	51	54	53	52	54	54	50
Mühlhausen	92	100	101	104	107	108	102
Münster	70	70	76	78	79	88	80
Obertürkheim	69	81	79	78	90	92	85
Plieningen	52	55	58	53	60	60	57
Sillenbuch	53	59	64	62	63	66	58
Stammheim	70	81	82	81	79	69	65
Untertürkheim	71	71	74	70	76	77	73
Vaihingen	48	51	50	48	50	46	46
Wangen	97	108	104	106	121	115	110
Weilimdorf	74	79	84	87	92	92	83
Zuffenhausen	108	118	117	113	118	113	107
<b>Äußeres Stadtgebiet</b>	<b>76</b>	<b>82</b>	<b>82</b>	<b>80</b>	<b>84</b>	<b>83</b>	<b>78</b>
Nicht zuzuordnen							
<b>Stuttgart</b>	<b>81</b>	<b>85</b>	<b>85</b>	<b>82</b>	<b>86</b>	<b>84</b>	<b>77</b>

<sup>1</sup> Bezogen auf den Hauptwohnsitz.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sozialamt Stadt Stuttgart

**Tabelle 6:** Empfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe in Stuttgart seit 2005 insgesamt

Jahr	Grundsicherung SGB II			SGB XII	Empfänger insgesamt	
	Bedarfgemeinschaften	Empfänger Arbeitslosengeld II	Empfänger Sozialgeld <sup>1</sup>	Empfänger Sozialhilfe/Grundsicherung	Personen	je 1000 Einwohner <sup>2</sup>
2005	22 565	28 678	10 902	5 754	45 334	81
2006	22 146	29 759	11 826	6 119	47 704	86
2007	21 697	29 348	11 903	6 260	47 511	85
2008	20 883	28 119	11 365	6 560	46 044	82
2009	22 588	30 235	11 863	6 424	48 522	86
2010	22 082	29 348	11 504	6 679	47 531	84
2011	20 508	27 068	10 707	7 093	44 868	78

<sup>1</sup> Überwiegend Kinder unter 15 Jahren.  
<sup>2</sup> Bezogen auf den Hauptwohnsitz.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

### Aktuelle Diskussion um Altersarmut

Bundesweit 844 000 Grundsicherungsempfänger im Alter 65+

Im Jahr 2011 wurden bundesweit für 844 000 Grundsicherungsempfänger im Alter und bei Erwerbsminderung (Sozialhilfe SGB XII), die eine wachsende Versorgungsklasse ist, bereits 4,4 Mrd. Euro ausgegeben. 48 Prozent oder 408 000 Personen sind volljährige dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen unter 65 Jahren. Die weiteren 52 Prozent dieser Grundsicherungsempfänger (Sozialhilfe SGB XII), also 436 000 Personen, sind 65 Jahre und älter. Das sind 2,6 Prozent derselben Altersgruppe 65+ in Deutschland, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen ist (siehe 4. Armuts- und Reichtumsbericht, 2012, S. 355). Dies ist als Indikator die aktuelle Größenordnung der Altersarmut in Deutschland – ohne die Dunkelziffer der verschämten Altersarmut. Da Einkommensarmut heute die Altersarmut von morgen sein wird, kann das Problem in Zukunft durchaus noch größer werden, denn die zum Massenphänomen gewordenen Mini- und Midi-Jobs, Niedriglöhne (working poor) und prekäre Beschäftigungen insgesamt reduzieren die Zahlungen in die sozialen Sicherungssysteme und die Altersvorsorge massiv. Die Niedriglohngrenze liegt bundesweit bei 9,15 Euro/Stunde und trifft rund 21 bis 24 Prozent der Beschäftigten. 2010 waren das 7,9 Mio. Arbeitnehmer (siehe 4. Armuts- und Reichtumsbericht, 2012).

Daher ist die Diskussion um einen flächendeckenden angemessenen Mindestlohn auch eine Debatte um die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherung durch gut bezahlte Erwerbsarbeit heute, damit die Folgekosten nicht späteren Generationen aufgebürdet werden. Die Option der privaten Vorsorge kann auch nur gelingen, wenn heute ausreichend Geld verdient wird, um sich diese persönliche Privatvorsorge für die Zukunft leisten zu können.

Rund zehn Prozent (41 540 Personen) der bundesweiten Grundsicherungsempfänger im Alter 65+ leben in Baden-Württemberg mit Ausgaben von rund 420 Mio. Euro im Jahr 2011 (siehe Pressemitteilungen 364/2012 und 404/2012 des Statistischen Bundesamtes). Jeder Vierte oder 10 720 der baden-württembergischen Grundsicherungsempfänger 65+ lebt in der Region Stuttgart. Vier von zehn Grundsicherungsempfängern in der Region Stuttgart wohnen in Stuttgart (4313 Personen).

*Zunahme der Altersarmut in Stuttgart  
um ein Viertel*

Die Stuttgarter Zahlen zeigen eine deutliche Zunahme der Grundsicherungsempfänger (SGB XII) im Alter 65+ seit 2005 mit damals 3455 Personen auf 4313 Empfängerinnen und Empfänger zum Jahresende 2011 – eine Zunahme um 858 Personen oder + 24,8 Prozent (vgl. Tabellen 7 und 8). Damit stieg auch die Anteilsquote an der entsprechenden Altersgruppe 65+ von 3,3 Prozent im Jahr 2005 auf 4,0 Prozent im Jahr 2011. Anders ausgedrückt sind 2011 in Stuttgart 40 von 1000 Einwohnern der Altersgruppe 65+ auf Grundsicherung im Alter als Teil der Sozialen Mindestsicherung angewiesen. Oft sind es ältere Menschen, deren Rente generell nicht ausreicht oder wenn beispielsweise durch den Tod des Lebenspartners finanzielle Einbußen eintreten und die Miete für die Wohnung nicht mehr bezahlt werden kann.

**Tabelle 7:** Empfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe im Alter (Altersarmut) in Stuttgart seit 2005

Jahr	Einwohner 65 Jahre und älter		Empfänger von Grundsicherung 65 Jahre und älter		
	Anzahl	in % aller Einwohner	Anzahl	in % der Einwohner 65 Jahre und älter	je 1000 Einwohner 65 Jahre und älter
2005	103 466	18,6	3 455	3,3	33
2006	105 371	18,9	3 716	3,5	35
2007	106 621	19,1	3 793	3,6	36
2008	107 221	19,1	4 004	3,7	37
2009	107 702	19,2	3 895	3,6	36
2010	107 344	19,0	4 016	3,7	37
2011	107 544	18,8	4 313	4,0	40

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

**Tabelle 8:** Empfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe im Alter (Altersarmut) in der Region Stuttgart am 31.12.2011

Regionaleinheit	Empfänger insgesamt (SGB XII)	Darunter 65 Jahre und älter		
		insgesamt	außerhalb von Einrichtungen	in Einrichtungen
<b>Stadtkreis Stuttgart</b>	<b>7 093</b>	<b>4 313</b>	<b>3 936</b>	<b>377</b>
Landkreise				
Böblingen	2 008	1 101	983	118
Esslingen	3 280	1 655	1 396	259
Göppingen	1 635	813	759	54
Ludwigsburg	2 727	1 405	1 276	129
Rems-Murr-Kreis	2 781	1 433	1 206	227
Region Stuttgart	19 524	10 720	9 556	1 164
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>79 099</b>	<b>41 540</b>	<b>36 865</b>	<b>4 675</b>

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

Altersarmut heute zu 58 Prozent weiblich

40 Prozent Nichtdeutsche betroffen

Fazit: Die gegenwärtige Altersarmut in Stuttgart hat seit 2005 um ein Viertel zugenommen. Altersarmut heute ist zu 58 Prozent weiblich und zu 40 Prozent sind Nichtdeutsche betroffen. Die Altersarmutsquote (Sozialhilfe im Alter) in Stuttgart liegt stadtweit bei 4,0 Prozent bezogen auf die entsprechende Altersgruppe der 65+ Generation. Im Stadtbezirk Stuttgart-Mitte liegt diese Quote mit 6,6 Prozent weit darüber, so auch in Mühlhausen mit 4,9 Prozent und in Stuttgart-West und Stuttgart-Ost mit jeweils 4,5 Prozent. Die Filderstadtbezirke Degerloch (1,7 %), Vaihingen (1,9 %) und Möhringen (2,2 %) liegen weit darunter. Wesentlich stärker betroffen sind die ausländischen Einwohner. Die Altersarmutsquoten bei den Nichtdeutschen in Stuttgarter Stadtbezirken bezogen auf die jeweiligen nichtdeutschen Einwohner 65+ liegen in diesen Stadtbezirken deutlich höher. So ist in Mühlhausen (25,5 %), in Birkach (23,5 %) und in Sillenbuch (22,8 %) jeder Vierte und in Botnang (20,4 %) jeder Fünfte der ausländischen Einwohner der 65+ Generation Bezieher/in von Grundsicherung/Sozialhilfe im Alter – also von Altersarmut bedroht. In Degerloch (3,0 %), Wangen (5,1 %) und in Obertürkheim (6,0 %) gibt es dagegen relativ die wenigsten ausländischen Altersarmutsrisikofälle.

Altersarmut wird wahrscheinlich in Zukunft deutlich zunehmen. Schon heute belasten die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter die Haushalte der Kommunen, weshalb eine Entlastung nötig ist. Ab 2013 bezahlt der Bund 75 Prozent der Kosten der Grundsicherung im Alter und ab 2014 dann 100 Prozent zur Entlastung der kommunalen Kassen.

**Autor:**  
**Robert Gunderlach**  
**Telefon:** (0711) 216-98552  
**E-Mail:** robert.gunderlach@stuttgart.de

### Nachrichtlich:

Ein aktuell offenes Problemfeld und mögliches künftiges Thema für die Soziale Mindestsicherung, ist die sogenannte „Armutszuwanderung“. Diese ist in einem Positionspapier des Deutschen Städtetags vom 22.01.2013 und in einer Pressemitteilung vom 14.02.2013 von einzelnen Kommunen und in den Medien von Bild bis Spiegel thematisiert worden. Hintergrund ist, dass ab 01.01.2014 die uneingeschränkte Freizügigkeit in der EU auch für Rumänien und Bulgarien gilt, wodurch, so die Besorgnis, Arbeits- und Armutswanderer verstärkt nach Deutschland zuziehen könnten. Der Grund hierfür ist das enorme West-Ost-Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union sowie politische Instabilität in diesen EU-Ländern.

Bereits heute erfolgt in der Praxis eine Zuwanderung aus diesen Ländern mit dem einfachen und legalen Verhalten sich in Deutschland (schein)selbständig zu machen (z. B. im Schrotthandel). Das bis Ende 2013 bestehende Verbot der Freizügigkeit bezieht sich nämlich nur auf das Arbeitsverbot und nicht auch auf das Verbot von Selbständigkeit (Gewerbeanmeldung). Diese Gesetzeslücke hat dafür gesorgt, dass in einigen Städten wie Berlin, Dortmund, Duisburg oder Mannheim Arbeit suchende Menschen (z. B. Sinti und Roma, aber auch sonstige Arbeitssuchende) aus Rumänien und Bulgarien an der Straße wartend auf ein tages- oder stundenweises Jobangebot hoffen. Oder Zuwanderer aus diesen Ländern im Kleingewerbe Niedrigsteinkommen erzielen und dann mit Hartz IV aufstocken müssen. Überdies könnte durch Familiennachzug eine weitere „Armutszuwanderung“ in die deutschen Sozialsysteme mit den entsprechenden finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen entstehen. In Stuttgart ist diese Problemlage offenbar (noch) nicht akut.

Tabelle 9: Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII 2011 im regionalen Vergleich

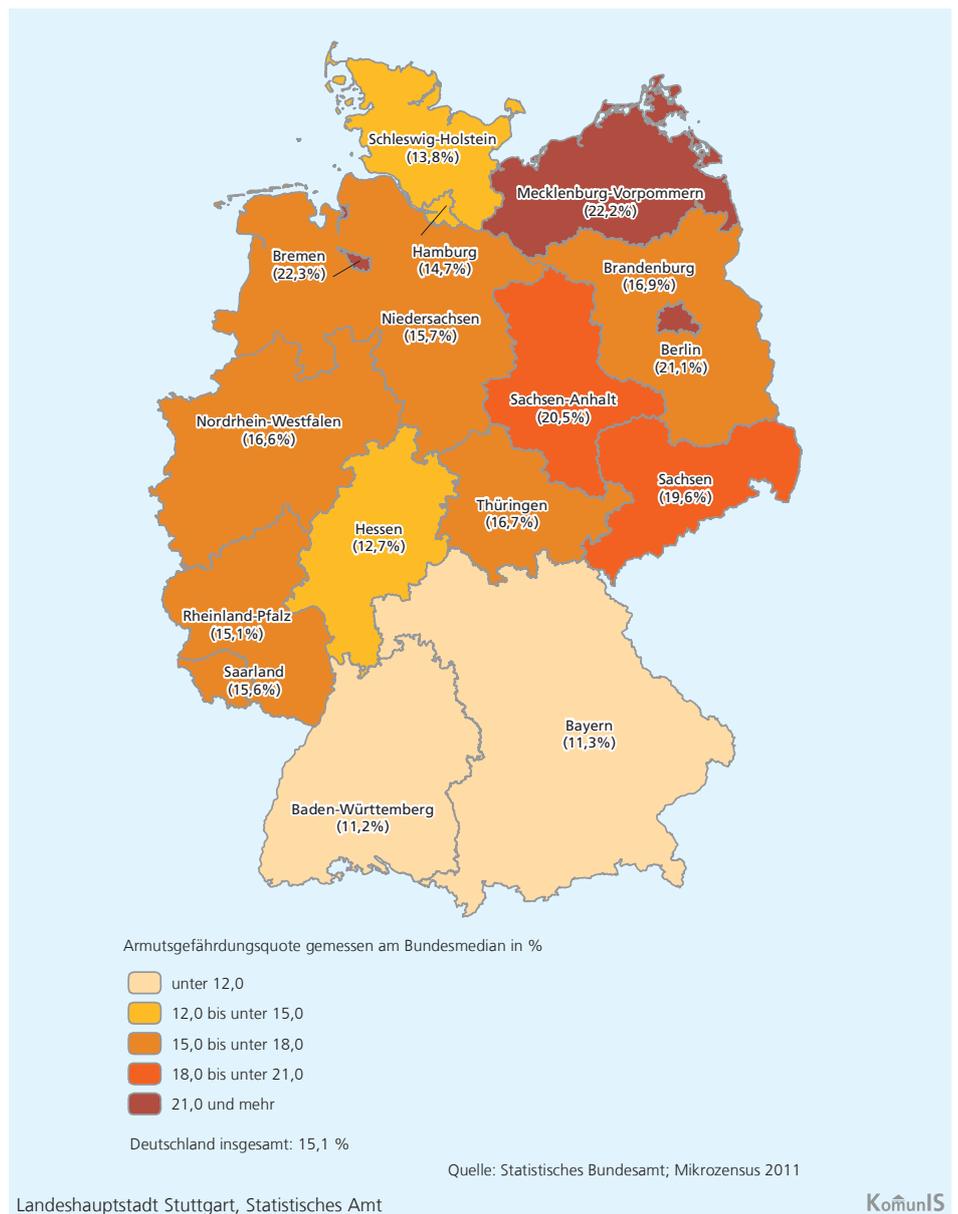
Regionaleinheit	Ins-gesamt <sup>1</sup>	Und zwar <sup>1</sup>										Durchschnitts-alter
		Nicht-deutsche	männlich	im Alter von ... bis unter ... Jahren				nach ausge-wählten Hilfearten <sup>2</sup>		Ort der Hilfestellung <sup>2</sup>		
				unter 18	18 - 40	40 - 65	65 und älter	Einglie-derungshilfe für behinderte Menschen	Hilfe zur Pflege	außerhalb von Ein-richtungen	in Einrichtungen	
<b>Stadtkreis Stuttgart</b>	<b>10 060</b>	<b>1 446</b>	<b>5 297</b>	<b>1 235</b>	<b>2 198</b>	<b>3 331</b>	<b>3 296</b>	<b>4 264</b>	<b>3 694</b>	<b>5 197</b>	<b>5 560</b>	<b>50,5</b>
Landkreise												
Böblingen	3 244	260	1 695	369	836	1 162	877	1 946	1 062	925	2 496	48,6
Esslingen	4 116	333	2 007	272	991	1 505	1 348	2 171	1 586	1 197	3 137	53,1
Göppingen	2 603	204	1 247	269	648	810	876	1 446	1 021	788	1 915	51,7
Ludwigsburg	3 948	304	1 961	317	989	1 391	1 251	2 108	1 526	1 091	3 081	51,9
Rems-Murr-Kreis	3 885	280	2 082	455	899	1 409	1 122	2 351	1 261	1 079	3 066	49,7
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>122 627</b>	<b>7 998</b>	<b>63 240</b>	<b>20 164</b>	<b>25 584</b>	<b>39 240</b>	<b>37 639</b>	<b>71 697</b>	<b>41 993</b>	<b>41 116</b>	<b>89 487</b>	<b>48,8</b>

<sup>1</sup> Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.  
<sup>2</sup> Empfänger mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart bzw. jedem Ort der Hilfestellung gezählt.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMunIS

Karte: Armutsgefährdungsquote in Deutschland 2011



## Literaturverzeichnis:

4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, 2012.

Bezirksamt Berlin-Neukölln: 2. Roma-Statusbericht. Entwicklung der Zuzüge von EU-Unionsbürgern aus Südosteuropa, April 2012.

Dahrendorf, Ralf: Fragmente eines neuen Liberalismus, Stuttgart 1987.

Deutscher Städtetag: Armutszuwanderung aus Südosteuropa braucht Lösungen durch Bund, Länder und EU, Pressemitteilung vom 14.2.2013.

Deutscher Städtetag: Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien vom 22.1.2013.

Lepsius, M. Rainer: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Lepsius: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990.

Paritätischer Wohlfahrtsverband: Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012.

Spiegel online 7.3.2013 (15:15 Uhr): Eine Million mal Hoffnungslosigkeit.

Statistisches Bundesamt: Sozialberichterstattung online unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) und diverse Pressemitteilungen.

Wehler, Hans-Ulrich: Die Neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013.

Werner Münzenmaier<sup>1</sup>

## Rezession 2009 und Boom 2010: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Stadt und Region Stuttgart sowie weitere Großstädte

### Eckdaten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2008 bis 2012

*Stärkster wirtschaftlicher Einbruch im Jahr 2009 ...*

Das Jahr 2009 markiert mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um nominal - 4,0 Prozent und real - 5,1 Prozent den bislang stärksten wirtschaftlichen Einbruch der Nachkriegszeit. Eine wesentliche Ursache hierfür war die internationale Finanzkrise, die einen damals ohnehin einsetzenden, weltweiten Konjunkturabschwung erheblich verstärkt hat.

*... vor allem wegen deutlicher Verluste im Verarbeitenden Gewerbe*

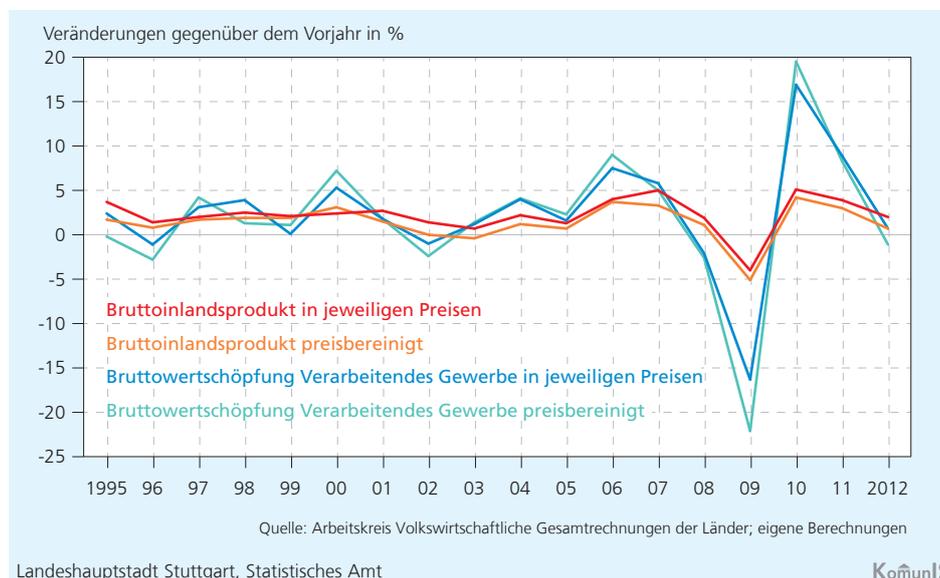
Das Ausmaß dieses wirtschaftlichen Einbruchs geht aus Abbildung 1 hervor, in der die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland seit 1995 wiedergegeben ist. Besonders deutlich wird dabei die Betroffenheit des Verarbeitenden Gewerbes, für das 2009 ein Rückgang der realen Bruttowertschöpfung um nicht weniger als - 22,1 Prozent ermittelt wurde. Nennenswerte reale Wertschöpfungsverluste hatten darüber hinaus noch die Unternehmensdienstleister (- 12,3 %) und das Baugewerbe (- 6,5 %) hinzunehmen. In nominaler Rechnung belief sich der Wertschöpfungsrückgang beim Verarbeitenden Gewerbe auf - 16,3 Prozent und bei den Unternehmensdienstleistern auf - 11,4 Prozent, für das Baugewerbe wurde eine Stagnation festgestellt.

*Aber auch rasche wirtschaftliche Erholung 2010 ...*

Erstaunlicherweise hat sich die deutsche Volkswirtschaft von dieser Rezession aber ebenso rasch und nachhaltig wieder erholt – das Bruttoinlandsprodukt ist 2010 um nominal + 5,1 Prozent und real um + 4,2 Prozent angestiegen, was in realer Rechnung die höchste Wachstumsrate im wiedervereinigten Deutschland bedeutet. Nominal war der Zuwachs 2010 mit + 5,1 Prozent sogar merklich stärker als der Rückgang 2009 mit - 4,0 Prozent, im Aufschwungjahr 2010 wurde deshalb das Niveau des nominalen Bruttoinlandsprodukts aus dem Jahr 2008 bereits wieder übertroffen.

47

**Abbildung 1:** Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 1995 bis 2012 in Deutschland



*... aufgrund hoher Wachstumsraten im Verarbeitenden Gewerbe*

Auch für diesen wirtschaftlichen Boom zeichnete, wie Abbildung 1 zeigt, das Verarbeitende Gewerbe verantwortlich, dessen Bruttowertschöpfung sich 2010 um nominal + 16,9 Prozent und real sogar um + 19,5 Prozent ausgeweitet hat. Gleichmaßen wurde 2010 für das Baugewerbe mit nominal + 7,6 Prozent und real + 6,9 Prozent ein überdurchschnittlich starker Anstieg gemessen.

### Konjunkturprogramme

*Konjunkturprogramme haben die Wirtschaft merklich gestützt*

Zu der wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 wie auch zur Abmilderung der Rezession im Jahr 2009 hatten zwei Konjunkturpakete der damaligen Bundesregierung beigetragen. Dies gilt insbesondere für das deutlich umfangreichere Konjunkturpaket II, mit dem unter anderem über eine sogenannte „Umweltprämie“ (oder „Abwrackprämie“) und eine Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer von der bisherigen Hubraumbesteuerung auf eine Besteuerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Kauf von Neu- und Jahreswagen angeregt wurde. Das Baugewerbe wurde vor allem durch ein umfangreiches Investitionsprogramm mit den wesentlichen Komponenten Bildung und kommunale Infrastruktur gestärkt. Konjunkturstützend haben außerdem großzügige Kurzarbeitergeldregelungen gewirkt.

### Betroffenheit Baden-Württembergs und anderer Länder

*Baden-Württemberg war vom konjunkturellen Auf und Ab besonders stark betroffen*

Entsprechend seiner starken Ausrichtung auf das Verarbeitende Gewerbe war das Land Baden-Württemberg sowohl von der Rezession 2009 als auch vom Aufschwung 2010 in überdurchschnittlichem Ausmaß betroffen. So ging das nominale Bruttoinlandsprodukt Baden-Württembergs 2009 mit - 7,1 Prozent merklich kräftiger zurück als im Bundesdurchschnitt mit - 4,0 Prozent; noch mehr als Baden-Württemberg wurden von diesem Abschwung das Saarland (- 9,7 %) und Bremen (- 8,5 %) in Mitleidenschaft gezogen. Auch der anschließende Boom fiel in Baden-Württemberg und in Bremen und außerdem in Niedersachsen besonders deutlich aus. Nach den Daten zum Berechnungsstand August 2012<sup>2</sup> hat das Bruttoinlandsprodukt 2010 in Deutschland um + 4,3 Prozent zugenommen, überproportional stark in Baden-Württemberg (+ 7,7 %), in Bremen (+ 7,1 %), in Niedersachsen (+ 6,1 %) sowie im Saarland und in Thüringen (jeweils + 5,9 %).

### Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Stadt- und Landkreise

*Neue Kreisergebnisse des Arbeitskreises „VGR der Länder“ ermöglichen Analysen zu den Auswirkungen auf Stadt- und Landkreise*

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hat kürzlich die Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung für die Stadt- und Landkreise in den Jahren 2008 bis 2010 vorgelegt, und zwar zum Berechnungsstand August 2011, auf den nachfolgend auch für die Bundes- und Länderergebnisse Bezug genommen wird<sup>3</sup>. Mit diesen Daten ist es möglich, die Auswirkungen der Rezession 2009 und des Booms 2010 nun auch für die kreisfreien Städte und die Landkreise zu untersuchen.

*Im Mittelpunkt stehen hier Stadt und Region Stuttgart, andere deutsche Großstädte und weitere Stadt- und Landkreise mit 2009 hohen BIP-Verlusten*

Dies soll nachfolgend für die Stadt Stuttgart sowohl im Kontext der Region Stuttgart als auch im Vergleich zu den anderen Großstädten mit etwa 500 000 oder mehr Einwohnern erfolgen. Außerdem wird die Entwicklung in solchen kreisfreien Städten und Landkreisen näher analysiert, die 2009 einen besonders hohen Rückgang ihres Bruttoinlandsprodukts verkraften mussten. Dabei wird – um ein wichtiges Ergebnis bereits vorwegzunehmen – die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für das konjunkturelle Auf und Ab und hierbei besonders in Städten beziehungsweise Kreisen mit einer starken Ausrichtung auf die Produktion von Kraftwagen, Kraftwagenteilen und Kraftfahrzeugzubehör deutlich.

## Stadt und Region Stuttgart

### Bruttoinlandsprodukt 2009

2009 überproportionaler BIP-Rückgang in der Region Stuttgart; Landkreise Böblingen und Esslingen besonders stark betroffen

In der Tabelle sowie in den Abbildungen 2 und 3 ist die Situation in der Region Stuttgart dargelegt. Danach ist das Bruttoinlandsprodukt in allen Kreisen der Region 2009 merklich stärker zurückgegangen als im Bundesdurchschnitt (- 4,0 %) und – abgesehen vom Rems-Murr-Kreis – auch kräftiger als in Baden-Württemberg (- 7,5 %). Besonders ausgeprägt war der Verlust an Wirtschaftskraft in den Landkreisen Böblingen (- 17,9 %) und Esslingen (- 12,5 %), die den Durchschnitt der Region Stuttgart maßgeblich beeinflusst haben: Der Abschwung in der Region Stuttgart war mit - 10,1 Prozent gut zweieinhalb Mal so hoch wie in Deutschland und um ein Drittel höher als in Baden-Württemberg. Ebenfalls noch umfangreich, aber bereits unter dem Regionsdurchschnitt blieben die negativen Veränderungsraten in der Stadt Stuttgart (- 7,8 %) sowie in den Landkreisen Ludwigsburg (- 8,9 %), Göppingen (- 7,6 %) und Rems-Murr-Kreis (- 7,2 %).

Tabelle: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in den Kreisen der Region Stuttgart 2008 bis 2010

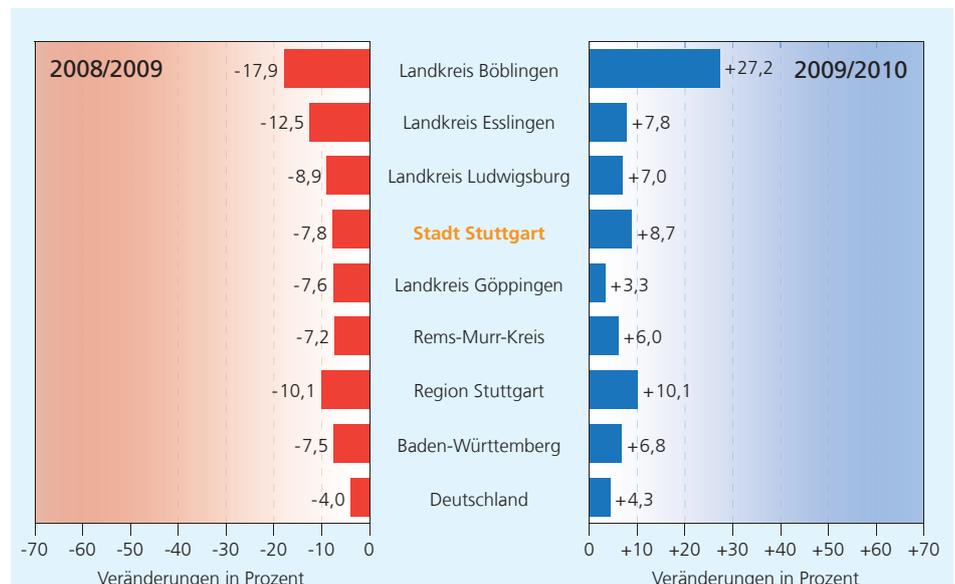
Gebietseinheit	Bruttoinlandsprodukt			Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes					
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
	Mill. Euro						Anteil an BWS insgesamt %		
Stadt Stuttgart	37 868	34 909	37 960	7 452	4 775	7 127	22,0	15,3	21,0
LK Böblingen	14 931	12 265	15 601	6 229	3 886	6 411	46,6	35,5	45,9
LK Esslingen	16 573	14 501	15 633	5 252	3 573	4 687	35,4	27,6	33,5
LK Göppingen	6 717	6 207	6 411	1 971	1 462	1 628	32,8	26,4	28,4
LK Ludwigsburg	16 795	15 303	16 370	4 968	3 831	4 819	33,0	28,1	32,9
Rems-Murr-Kreis	10 991	10 201	10 810	3 176	2 506	2 922	32,3	27,6	30,2
Region Stuttgart	103 874	93 387	102 784	29 048	20 032	27 592	31,2	24,1	30,0
Baden-Württemberg	363 781	336 516	359 289	101 849	79 283	94 300	31,2	26,4	29,3

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Abbildung 2: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in der Stadt Stuttgart und den Landkreisen der Region Stuttgart 2008 bis 2010

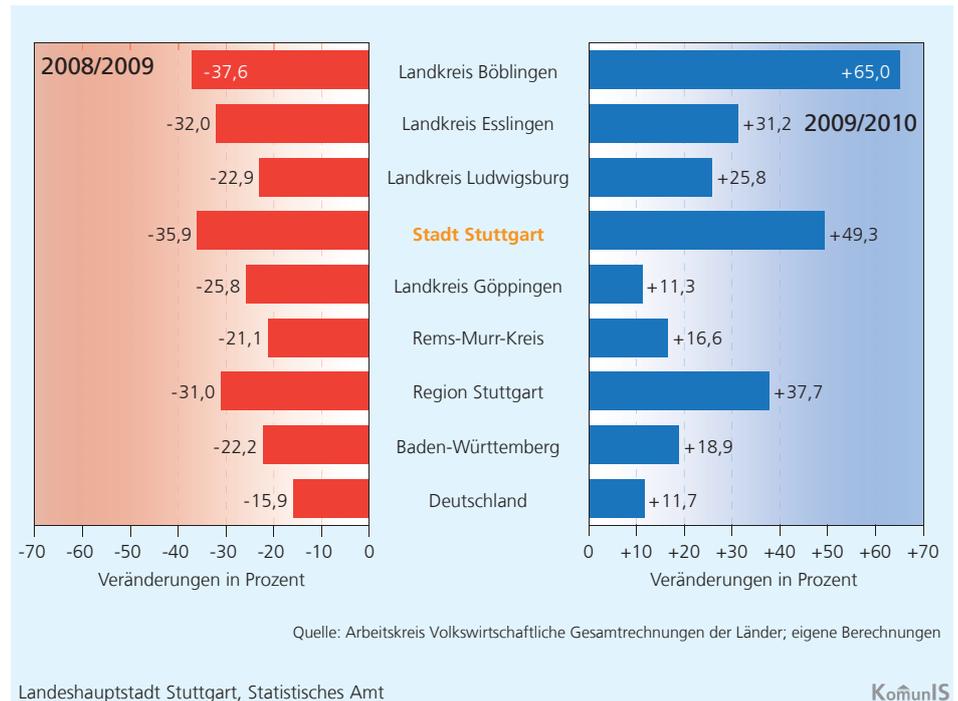


Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

**Abbildung 3:** Entwicklung der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in der Stadt Stuttgart und den Landkreisen der Region Stuttgart 2008 bis 2010



### Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe 2009

Hohe industrielle Wertschöpfungsquote in allen Kreisen der Region Stuttgart, namentlich auch in der Stadt Stuttgart

Die großen Wirtschaftskraftverluste in den Kreisen der Region Stuttgart erklären sich überwiegend durch das Verarbeitende Gewerbe: Zum einen durch starke, überproportionale hohe Einbußen bei der Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs (vgl. Abbildung 3), zum anderen durch das große Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes in diesen Kreisen. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung lag 2008, also im Jahr vor der Wirtschaftskrise, in Deutschland bei 22,2 Prozent und in der Stadt Stuttgart mit 22,0 Prozent nur geringfügig darunter (vgl. Tabelle). Im Landkreis Böblingen war die Quote mit 46,6 Prozent mehr als doppelt so hoch, und in allen anderen Landkreisen der Region Stuttgart übertraf sie den Bundesdurchschnitt um etwa die Hälfte; im Einzelnen erreichten die Quoten Werte zwischen 32,3 Prozent im Rems-Murr-Kreis und 35,4 Prozent im Landkreis Esslingen.

Außerdem deutlich überdurchschnittlicher Rückgang beim Verarbeitenden Gewerbe in der Stadt und in den Landkreisen der Region Stuttgart

Der Wertschöpfungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe war 2009 in allen Kreisen der Region Stuttgart ausgeprägter als im Bundesdurchschnitt (- 15,9 %) und – wiederum abgesehen vom Rems-Murr-Kreis mit - 21,1 Prozent – ebenso stärker als im Durchschnitt des Landes Baden-Württemberg (- 22,2 %). Um mehr als ein Drittel hat sich die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes im Landkreis Böblingen (- 37,6 %) und in der Stadt Stuttgart (- 35,9 %) verringert, um knapp ein Drittel (- 32,0 %) – und damit noch leicht über dem Durchschnitt der Region Stuttgart (- 31,0 %) – im Landkreis Esslingen. Der große Einfluss der Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugzubehör in diesen Kreisen ist offensichtlich. Auf über ein Viertel belief sich der Rückgang des Verarbeitenden Gewerbes im Landkreis Göppingen (- 25,8 %), auf deutlich mehr als ein Fünftel im Landkreis Ludwigsburg (- 22,9 %) und im Rems-Murr-Kreis (- 21,1 %).

### Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe 2010

Kreise der Region mit 2009 hohen Wertschöpfungsverlusten der Industrie konnten 2010 beim Verarbeitenden Gewerbe besonders deutlich zulegen

Abbildung 3 zeigt in aller Deutlichkeit, dass die Kreise der Region Stuttgart mit den höchsten Wertschöpfungsverlusten bei der Industrie im anschließenden Aufschwungjahr 2010 dort auch die kräftigsten Zuwächse zu verzeichnen hatten. Um fast zwei Drittel, nämlich + 65,0 Prozent, erhöhte sich die Wertschöpfung des

*In der Stadt Stuttgart und im Landkreis Böblingen sowie in der gesamten Region ist der Wertschöpfungsgewinn 2010 prozentual höher ausgefallen als der entsprechende Verlust 2009*

*Allerdings konnte die Industrie nur im Landkreis Böblingen 2010 ein höheres Niveau erreichen als 2008*

*Das BIP übertraf 2010 in der Stadt Stuttgart und im Landkreis Böblingen den Wert von 2008*

*In der Region Stuttgart war das BIP-Wachstum 2010 prozentual genauso hoch wie der Rückgang 2009*

Verarbeitenden Gewerbes im Landkreis Böblingen, um knapp die Hälfte, nämlich + 49,3 Prozent, in der Stadt Stuttgart und um immerhin fast ein Drittel (+ 31,2 %) im Landkreis Esslingen. Für den Durchschnitt der Region Stuttgart ergab sich ein Anstieg um + 37,7 Prozent, der damit doppelt so hoch ausfiel wie in Baden-Württemberg (+ 18,9 %) und gut drei Mal so hoch wie in Deutschland insgesamt (+ 11,7 %).

Bemerkenswert ist weiterhin, dass sowohl im Landkreis Böblingen und in der Stadt Stuttgart als auch in der Region Stuttgart der Zuwachs beim Verarbeitenden Gewerbe 2010 prozentual kräftiger ausgefallen ist als der Rückgang 2009. Ähnlich war die Situation im Landkreis Esslingen mit nahezu gleich hoher positiver Veränderungsrate in 2010 wie negativer Veränderungsrate in 2009. Darüber hinaus war der Anstieg 2010 auch im Landkreis Ludwigsburg mit + 25,8 Prozent prozentual stärker als der Rückgang 2009 mit - 22,9 Prozent. Demgegenüber konnten die Landkreise Göppingen (+ 11,3 %) und Rems-Murr-Kreis (+ 16,6 %) ihre Verluste aus dem Vorjahr beim Verarbeitenden Gewerbe nicht ausgleichen.

Wendet man in der Tabelle den Blick auf den Umfang der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes, so lässt sich nur für den Landkreis Böblingen für 2010 ein höheres Niveau feststellen als für 2008. In der Region Stuttgart lag die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 2010 um fast 1,5 Mrd. niedriger als 2008. Außerdem hat sich in allen Kreisen der Region Stuttgart, wie auch im Land Baden-Württemberg insgesamt, der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung zwischen 2008 und 2010 verringert, und zwar auch im Landkreis Böblingen und in der Stadt Stuttgart trotz dort 2009/10 kräftiger Zuwächse bei der industriellen Wertschöpfung.

### Bruttoinlandsprodukt 2010

Die beachtliche Ausweitung der Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes im Landkreis Böblingen schlägt sich, in Verbindung mit dem dort hohen industriellen Anteil, auch in der Entwicklung des gesamten Bruttoinlandsprodukts nieder; im Jahr 2010 ist die Wirtschaftskraft in diesem durch die Automobilindustrie geprägten Kreis mit + 27,2 Prozent um mehr als ein Viertel angewachsen, der Rückgang im Jahr 2009 um - 17,9 Prozent wurde dadurch mehr als ausgeglichen (vgl. Abbildung 2). Das Niveau des Bruttoinlandsprodukts lag 2010 um 670 Mio. € über dem des Jahres 2008. Gleiches trifft, wenn auch weniger deutlich, für die Stadt Stuttgart zu, in der das Bruttoinlandsprodukt 2010 um ungefähr 90 Mio. € höher war als 2008, und zwar bedingt durch einen Zuwachs 2010 um + 8,7 Prozent, der kräftiger ausfiel als der Rückgang 2009 um - 7,8 Prozent.

In allen anderen Kreisen der Region Stuttgart war der Zuwachs 2010 prozentual geringer als der Rückgang 2009, das Niveau des Bruttoinlandsprodukts 2010 entsprechend niedriger als 2008. So konnte der Wirtschaftskraftverlust 2009 um - 12,5 Prozent im Landkreis Esslingen selbst durch die 2010 nach Böblingen und Stuttgart dritthöchste BIP-Ausweitung um + 7,8 Prozent nicht ausgeglichen werden, im Landkreis Ludwigsburg stand einem Verlust 2009 um - 8,9 Prozent ein Gewinn 2010 um + 7,0 Prozent gegenüber, im Rems-Murr-Kreis hat ein Wachstum 2010 um + 6,0 Prozent den Rückgang 2009 um - 7,2 Prozent nicht kompensieren können, und im Kreis Göppingen war der Zuwachs 2010 um + 3,3 Prozent nicht einmal halb so hoch wie die Verringerung 2009 um - 7,6 Prozent. Für die Region Stuttgart insgesamt hielten sich der prozentuale Zuwachs 2010 und der Rückgang 2009 (jeweils um 10,1 %) die Waage, das Niveau blieb trotzdem 2010 um 1,1 Mrd. Euro oder knapp 1,1 Prozent unter dem Wert des Jahres 2008.

## Stuttgart und andere deutsche Großstädte

### Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe 2009

*Die unter den Großstädten höchsten BIP-Rückgänge in Bremen, Duisburg und Stuttgart erklären sich zum einen durch die dort hohe Industriequote, ...*

*... zum anderen durch sehr umfangreiche Wertschöpfungsverluste der Industrie*

*Eine stark rückläufige Industrieproduktion hat auch in Düsseldorf, Hamburg, Dresden und Dortmund zu merklichen BIP-Verlusten geführt*

*In weiteren Städten ist das Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes und/oder ein hoher industrieller Wertschöpfungsverlust ausschlaggebend für eine schwache BIP-Entwicklung 2009*

*Ein geringes Gewicht sowie relativ geringe Wachstumseinbußen des Verarbeitenden Gewerbes haben den Städten Essen und Berlin 2009 sogar ein positives BIP-Wachstum beschert*

Stuttgart gehört bekanntlich zu den Großstädten Deutschlands, die einen relativ hohen Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an ihrer Bruttowertschöpfung aufweisen. Im Jahr 2008 betrug er in der baden-württembergischen Landeshauptstadt 22,0 Prozent und wurde unter den Städten mit etwa 500 000 oder mehr Einwohnern nur von Duisburg (29,4 %) übertroffen<sup>4</sup>; an dritter Stelle folgte Bremen mit 20,3 Prozent. Genau diese drei Städte haben 2009 unter den 15 größten Städten Deutschlands den stärksten Rückgang ihres Bruttoinlandsprodukts hinnehmen müssen: Bremen mit - 11,5 Prozent, Duisburg mit - 10,7 Prozent und Stuttgart mit - 7,8 Prozent (vgl. Abbildung 4).

Neben der überdurchschnittlichen Ausrichtung dieser drei Städte auf das Verarbeitende Gewerbe hat zu den dort hohen gesamtwirtschaftlichen Verlusten auch ein jeweils überproportional kräftiger Rückgang der industriellen Wertschöpfung beigetragen: Die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes verringerte sich 2009 in Stuttgart mit - 35,9 Prozent unter allen Großstädten weitaus am stärksten, es folgten Duisburg mit - 29,5 Prozent und Bremen mit - 27,6 Prozent (vgl. Abbildung 5).

Einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um über zwei Prozent mussten 2009 auch die Städte Düsseldorf (- 6,4 %), Hamburg (- 4,6 %), Dresden (- 3,6 %) und Dortmund (- 2,4 %) verkraften. Unter diesen Städten hat sich 2008 nur Dresden durch einen hohen Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes ausgezeichnet (19,0 %), in Düsseldorf (10,7 %), in Hamburg (11,8 %) und in Dortmund (12,8 %) war der Industrialisierungsgrad deutlich geringer. Gleichwohl kann für alle vier Städte ein erheblicher Einfluss des Verarbeitenden Gewerbes auf die dort negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung festgestellt werden, denn nach Stuttgart, Duisburg und Bremen hatten die genannten Städte, wie Abbildung 5 zeigt, die höchsten Wertschöpfungsverluste beim Verarbeitenden Gewerbe aufzuweisen (Düsseldorf - 25,9 %; Dortmund - 24,5 %; Dresden - 22,5 %; Hamburg - 21,1 %).

Auf bereits weniger als zwei Prozent, nämlich in einer Spannweite zwischen - 1,9 und - 0,1 Prozent, bewegte sich der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in den Städten Köln, München, Nürnberg, Frankfurt am Main, Hannover und Leipzig. Unter diesen Großstädten konnten nur die beiden bayerischen Metropolen Nürnberg (20,0 %) und München (16,5 %) einen Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung von etwa einem Sechstel und mehr aufweisen, in den vier anderen Städten betrug der Anteil 9,6 Prozent in Leipzig, 10,7 Prozent in Frankfurt, 11,1 Prozent in Köln und 12,6 Prozent in Hannover.

Die Wertschöpfungsverluste des Verarbeitenden Gewerbes dieser sechs Städte waren 2009 in Hannover mit - 20,7 Prozent und in Nürnberg mit - 20,6 Prozent besonders ausgeprägt, in den vier anderen Städten bewegten sie sich zwischen - 12,1 Prozent in Köln und - 15,8 Prozent in Frankfurt am Main (vgl. Abbildung 5).

Interessanterweise gibt es zwei Städte, die trotz der großen bundesweiten Rezession 2009 sogar ein positives gesamtwirtschaftliches Wachstum erreicht haben, nämlich Essen mit + 0,2 Prozent und Berlin mit + 1,0 Prozent. In Essen hat dabei der unter den Großstädten geringste Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes (8,5 %) dazu geführt, dass sich der Wertschöpfungsrückgang des Verarbeitenden Gewerbes um - 11,9 Prozent nicht nachhaltig auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts dieser Stadt niedergeschlagen hat; vor allem die Bereiche Bergbau, Energie- und Wasserversorgung sowie Baugewerbe waren in dieser Stadt 2009 sehr expansiv. In Berlin war der Wertschöpfungsverlust des Verarbeitenden Gewerbes mit - 4,9 Prozent ausgesprochen niedrig. Beide Städte waren von der Verringerung der industriellen Wertschöpfung unter allen Großstädten am wenigsten betroffen.

Abbildung 4: Entwicklung des Bruttoinlandprodukts in den Großstädten Deutschlands 2008 bis 2010

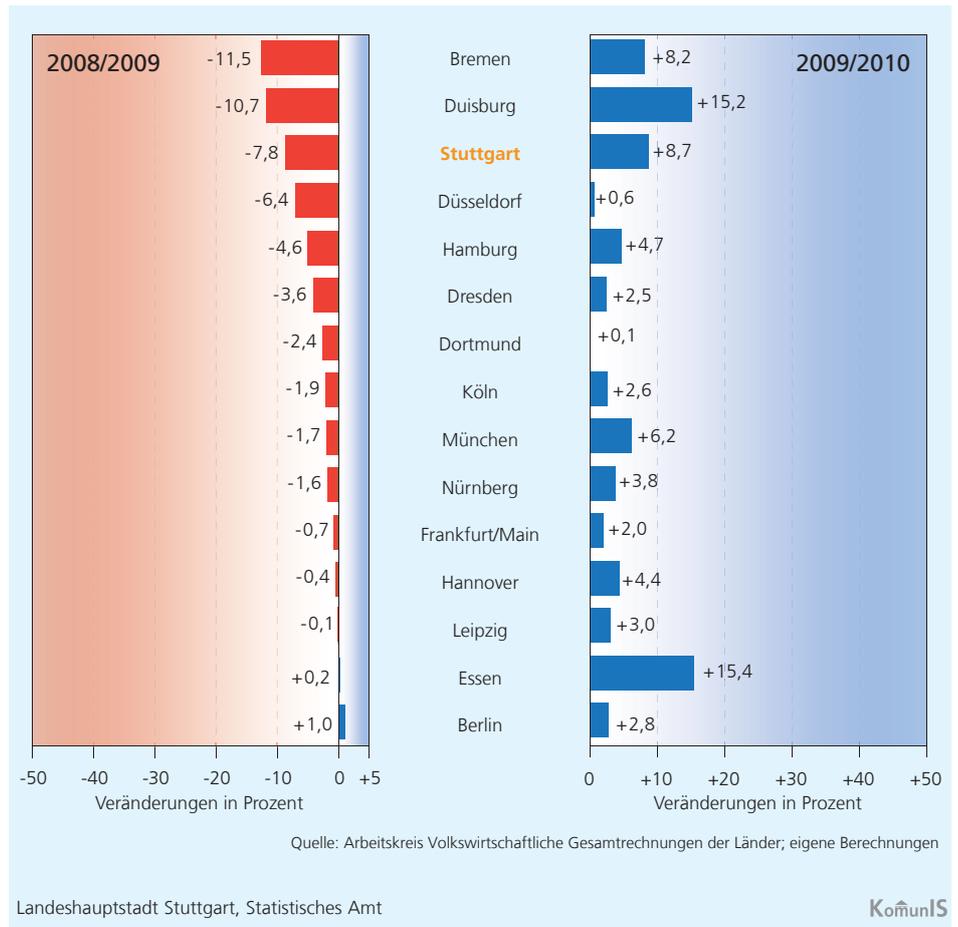
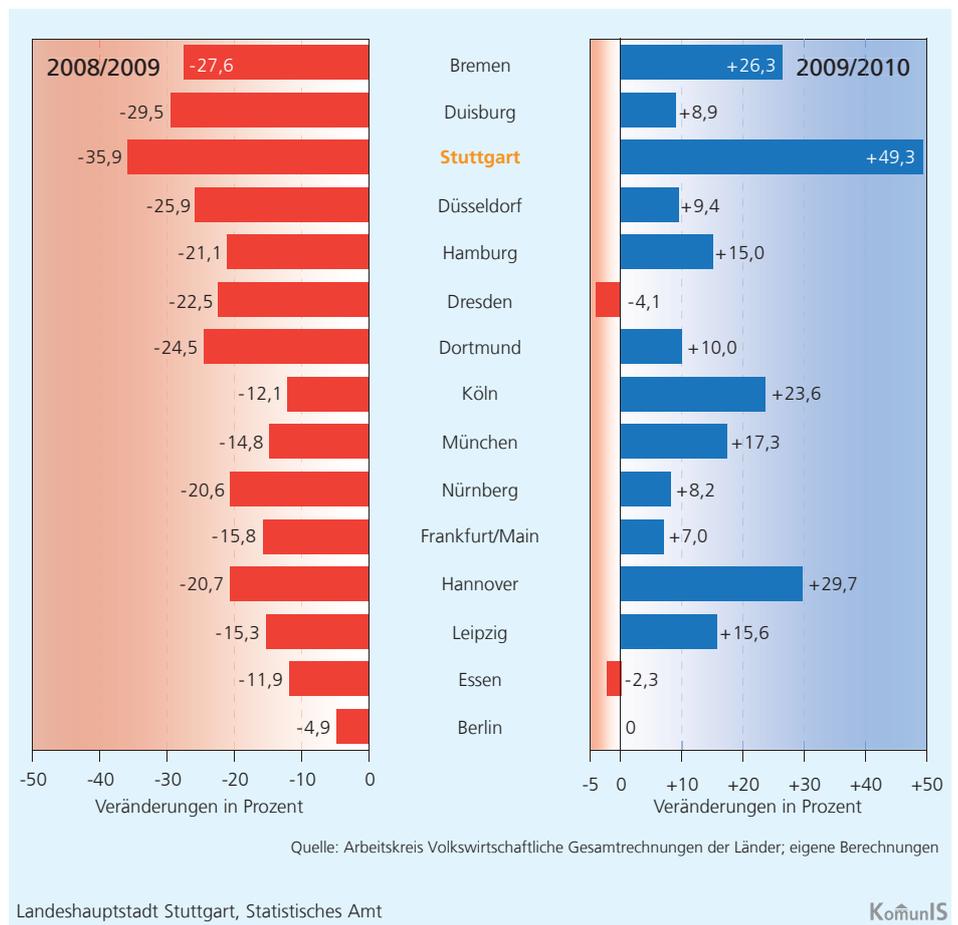


Abbildung 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in den Großstädten Deutschlands 2008 bis 2010



## Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe 2010

*Ruhrgebietsstädte Essen und Duisburg erreichten 2010 die höchsten BIP-Wachstumsraten, trotz jeweils schwacher Entwicklung der Industrieproduktion*

Die inzwischen geringe Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Stadt Essen zeigt sich auch daran, dass 2010 das Bruttoinlandsprodukt in Essen mit + 15,4 Prozent unter allen 15 Großstädten am stärksten gewachsen ist, und dies trotz eines erneuten Wertschöpfungsrückgangs des Verarbeitenden Gewerbes um - 2,3 Prozent; hier hat sich 2010 vor allem die Energie- und Wasserversorgung erneut deutlich ausgeweitet. Auch Duisburg als weitere Ruhrgebietsstadt konnte 2010 sein Bruttoinlandsprodukt mit + 15,2 Prozent in nennenswertem Umfang vergrößern, wobei die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes zwar zugenommen hat, mit + 8,9 Prozent jedoch deutlich schwächer als das Bruttoinlandsprodukt dieser Stadt.

*Zweithöchstes BIP-Wachstum 2010 in Stuttgart, ...*

Hinter Duisburg folgen beim gesamtwirtschaftlichen Wachstum 2010 die Städte Stuttgart mit + 8,7 Prozent und Bremen mit + 8,2 Prozent, also genau diejenigen Städte, die zusammen mit Duisburg 2009 die stärksten Wirtschaftskraftverluste ertragen mussten.

*... und zwar wegen der mit Abstand kräftigsten Zunahme der industriellen Wertschöpfung aller Großstädte*

Die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für diesen rasanten Umschwung ist unverkennbar: Die Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs hat 2010 in Stuttgart um + 49,3 Prozent mit Abstand am stärksten und in Bremen um + 26,3 Prozent am drittstärksten unter allen Großstädten zugenommen, lediglich in Hannover war die Industrie mit einem Wertschöpfungszuwachs von + 29,7 Prozent noch expansiver als in Bremen.

*Prozentuale Zunahme 2010 war bei der Industrie in Stuttgart deutlich höher als prozentuale Verringerung 2009*

Hervorzuheben ist weiterhin, dass in Stuttgart die prozentuale Zunahme 2010 (+ 49,3 %) den prozentualen Rückgang 2009 (- 35,9 %) deutlich übertroffen hat; in quantitativ vergleichbarer Weise hat ein solcher Prozess nur in Köln stattgefunden, wo der Wertschöpfungsanstieg des Verarbeitenden Gewerbes mit + 23,6 Prozent unter den Großstädten die vierthöchste Rate erreicht, und den prozentualen Rückgang 2009 (- 12,1 %) ebenfalls nennenswert überboten hat. Auch in den Städten Hannover, München und Leipzig hat 2010 die prozentuale Zunahme bei der Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes um + 29,7 Prozent, + 17,3 Prozent beziehungsweise + 15,6 Prozent den prozentualen Rückgang im Jahr davor (- 20,7 %, - 14,8 % beziehungsweise - 15,3 %) mehr als ausgeglichen.

*Auch in einigen weiteren Städten mit stärkerer BIP-Ausweitung 2010 als BIP-Rückgang 2009 war die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes ausschlaggebend*

Neben den bereits genannten Städten Stuttgart und Duisburg hat auch in München, Hamburg, Hannover, Köln, Nürnberg, Leipzig und Frankfurt am Main das Bruttoinlandsprodukt 2010 prozentual stärker zugenommen, als es 2009 zurückgegangen ist (vgl. Abbildung 4). In allen diesen neun Städten hat das Verarbeitende Gewerbe einen – verglichen mit dem Bruttoinlandsprodukt – überproportional hohen Zuwachs erreicht. Trotz beachtlicher Wertschöpfungssteigerungen im Verarbeitenden Gewerbe blieb dagegen der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts 2010 in Düsseldorf (+ 0,6 %) und in Dortmund (+ 0,1 %) recht bescheiden und deutlich hinter den prozentualen Verlusten im Vorjahr zurück. Letzteres trifft auch für Dresden (+ 2,5 %) zu, wo im Übrigen mit - 4,1 Prozent genauso wie in Essen mit - 2,3 Prozent die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 2010 sogar unter dem Niveau des Jahres 2009 lag. Erwähnenswert ist schließlich Berlin, wo das Bruttoinlandsprodukt in beiden Jahren zugenommen hat, nämlich um + 1,0 Prozent in 2009 und + 2,8 Prozent in 2010, wogegen die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes zwar relativ geringfügig, aber eben doch rückläufig war, nämlich um - 4,9 Prozent in 2009 und - 0,0 Prozent in 2010.

## Weitere Stadt- und Landkreise

*Zusätzlich werden alle Stadt- und Landkreise mit einem BIP-Verlust 2009 um mehr als zwölf Prozent untersucht*

Zur Abrundung der Erkenntnisse über die regionalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise 2009 und der raschen Erholung in 2010 ist in den Abbildungen 6 und 7 die zuvor für die Region Stuttgart und die deutschen Großstädte dargelegte Situation zusätzlich für weitere 15 Stadt- und Landkreise skizziert. Es handelt sich hierbei um Kreise, deren Bruttoinlandsprodukt 2009 um - 12 Prozent oder mehr zurückgegangen ist, das heißt stärker als in Bremen, der Stadt mit dem 2009 höchsten Wirtschaftskraftverlust. Die Spannweite des entsprechenden BIP-Rückgangs im Jahr 2009 markieren zwei Landkreise aus dem Saarland, nämlich der Landkreis Saarlouis mit - 19,5 Prozent und der Saarpfalz-Kreis mit - 12,0 Prozent. Unter den Kreisen der Region Stuttgart würden auch die Landkreise Böblingen und Esslingen dazu zählen und dort die 2. beziehungsweise 14. Stelle der dann 17 Stadt- und Landkreise belegen.

## Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung 2008

*Abgesehen von der Stadt Münster weisen alle hier untersuchten Stadt- und Landkreise eine sehr hohe industrielle Wertschöpfungsquote auf*

In der strukturellen Zusammensetzung der in den Abbildungen 6 und 7 aufgeführten vier kreisfreien Städte und elf Landkreise fällt zunächst Folgendes auf: Mit nur einer Ausnahme weisen 2008 alle Kreise einen Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung von über einem Drittel auf und übertreffen damit die entsprechende Quote in Baden-Württemberg, dem Land mit der stärksten Ausrichtung auf das Verarbeitende Gewerbe, und ebenso der Region Stuttgart mit jeweils 31,2 Prozent. Die Ausnahme stellt die Stadt Münster mit einem Anteil von lediglich 10,9 Prozent dar, das ist weniger als die Hälfte der entsprechenden Quote in Deutschland (22,2 %).

*Die meisten hier analysierten Landkreise und insbesondere die Städte Wolfsburg, Salzgitter und Schweinfurt zeichnen sich als Automobilstandorte aus*

Zwischen knapp 34 Prozent und gut 37 Prozent, in jedem Falle aber mehr als ein Drittel betrug 2008 die Wertschöpfungsquote des Verarbeitenden Gewerbes in den fünf Landkreisen Schwarzwald-Baar-Kreis (33,9 %), Donnersbergkreis (36,5 %), Anhalt-Bitterfeld (36,5 %), Börde (37,0 %) und Saarpfalz-Kreis (37,1 %). Auf sogar über zwei Fünftel bis gut die Hälfte belief sich 2008 der Industrieanteil in sechs Landkreisen, nämlich dem Landkreis Freudenstadt (42,1 %), dem Wartburgkreis (43,4 %), dem Bodenseekreis (46,1 %), dem Landkreis Saarlouis (47,5 %), dem Landkreis Rastatt (48,8 %) und dem Landkreis Germersheim (51,1 %). Die höchsten Quoten (zwischen über der Hälfte und gut drei Fünftel) erreichten indessen drei Städte, nämlich Schweinfurt mit 53,1 Prozent, Salzgitter mit 56,9 Prozent und Wolfsburg mit 61,3 Prozent. Dabei fällt erneut auf, dass diese drei Städte und die meisten der Landkreise mit starker Industrieausrichtung durch die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugzubehör geprägt sind.

55

## Entwicklung der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 2009 und 2010

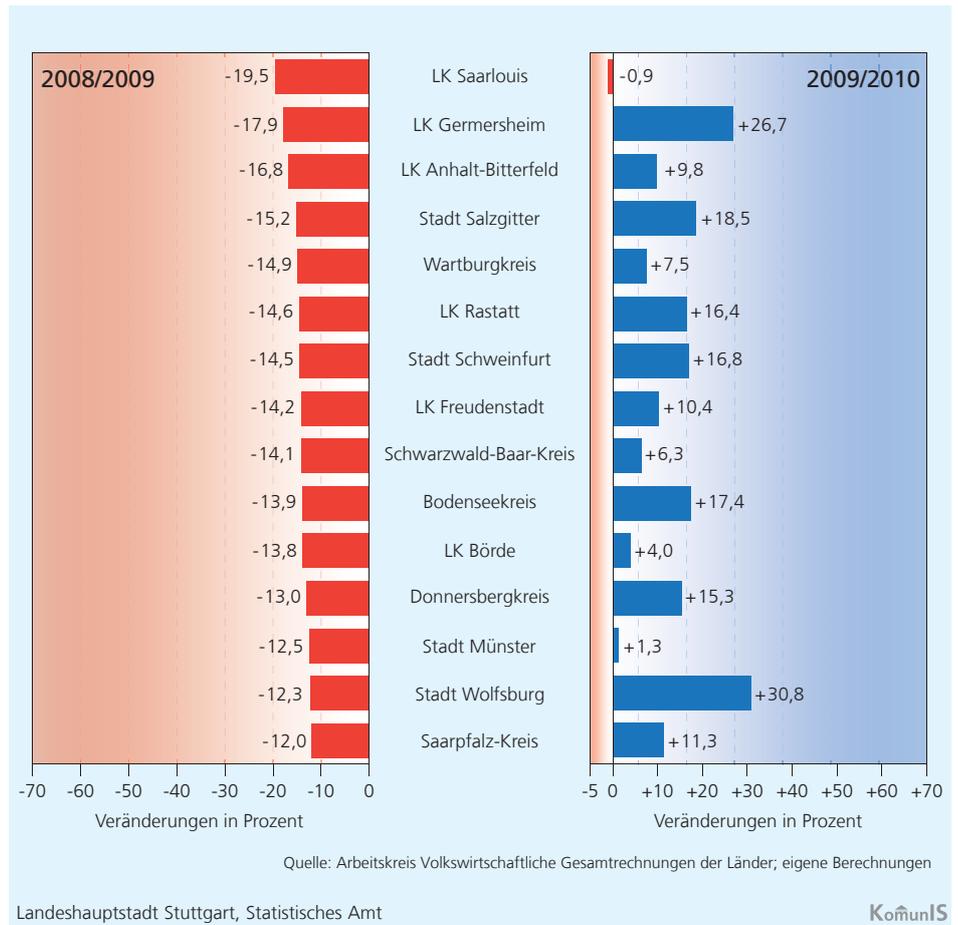
*Neben dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld und der Stadt Münster haben einige durch die Automobilindustrie geprägte Kreise 2009 besonders starke Einbußen bei der industriellen Wertschöpfung aufzuweisen*

Bei allen in Abbildung 7 aufgeführten Kreisen ist die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 2009 sehr deutlich, durchweg mit zweistelligen Raten zurückgegangen. Insoweit an der Spitze lagen der durch Chemieproduktion geprägte Landkreis Anhalt-Bitterfeld mit - 40,2 Prozent und die überwiegend dienstleistungsorientierte Stadt Münster mit - 39,8 Prozent, also in beiden Fällen Kreise ohne Dominanz der Automobilherstellung. Schon danach folgen jedoch zwei typische Automobilregionen, nämlich der Landkreis Germersheim mit der Stadt Wörth (- 37,3 %) und der Landkreis Saarlouis (- 36,2 %). Auch der Wartburgkreis bei Eisenach (- 34,3 %) ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Den umgekehrt geringsten Rückgang des Verarbeitenden Gewerbes (- 17,6 %) hatte unter den hier aufgeführten Kreisen im Übrigen ausgerechnet die Automobilstadt Wolfsburg aufzuweisen.

*Umgekehrt sind die industriellen Wertschöpfungsgewinne 2010 in Landkreisen und Städten mit starker Automobilproduktion besonders kräftig ausgefallen*

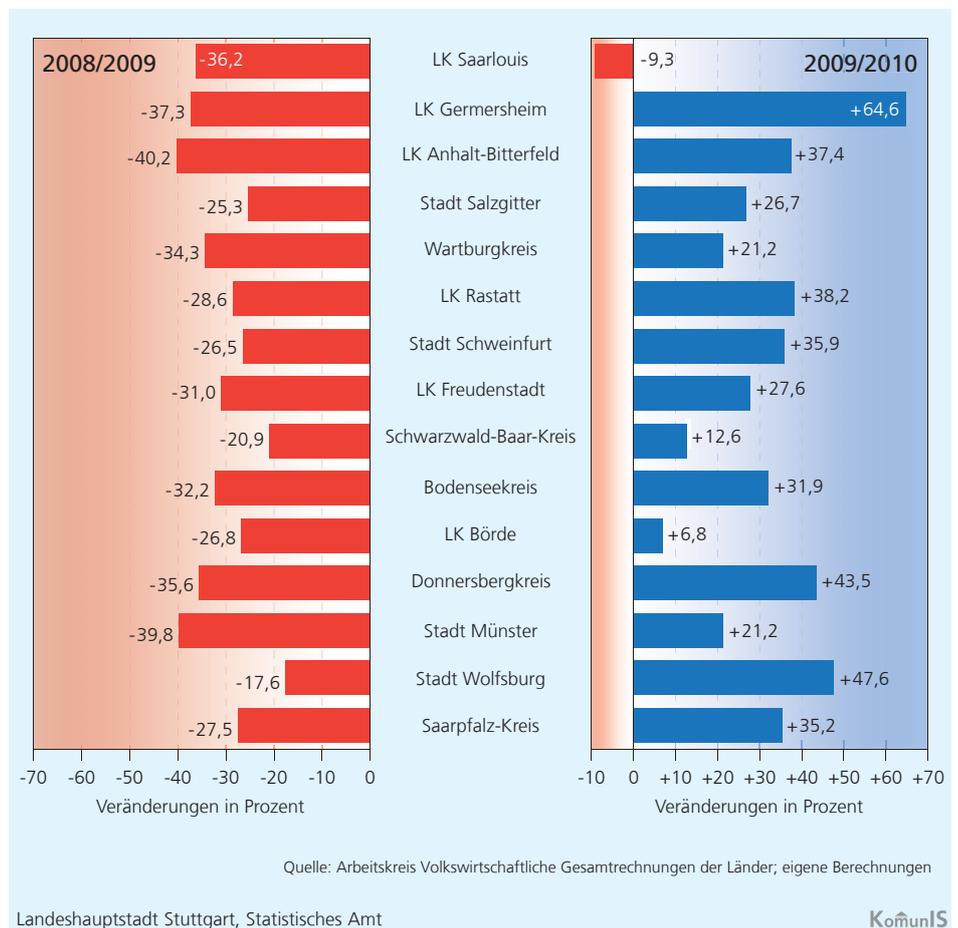
Mit Bezug auf die vier zuletzt genannten Kreise wird offensichtlich, wie stark sich die spezielle Situation einzelner Automobilfirmen bei der industriellen Wertschöpfungsentwicklung auswirkt. Dies wird noch deutlicher, wenn man sieht, dass im anschließenden Aufschwungjahr, nämlich 2010, der Landkreis Saarlouis erneut einen Rückgang der Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes (- 9,3 %) hinnehmen

Abbildung 6: Entwicklung des Bruttoinlandprodukts in ausgewählten Stadt- und Landkreisen 2008 bis 2010



56

Abbildung 7: Entwicklung der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in ausgewählten Stadt- und Landkreisen 2008 bis 2010



musste, wohingegen im Landkreis Germersheim die industrielle Wertschöpfung um nicht weniger als + 64,6 Prozent zugenommen hat und damit den Verlust des Vorjahres 2009 mehr als ausgleichen konnte. Danach folgt schon die Stadt Wolfsburg, die sich 2010 mit einem Zuwachs um + 47,6 Prozent an zweiter Stelle platzieren konnte. Auch im Landkreis Rastatt (+ 38,2 %), in der Stadt Schweinfurt (+ 35,9 %) sowie in der Stadt Salzgitter (+ 26,7 %) war der prozentuale Zuwachs 2010 höher als der prozentuale Rückgang 2009. In nur sehr geringem Umfang ausgleichen konnte der Landkreis Börde (Sachsen-Anhalt) die Abnahme seines Verarbeitenden Gewerbe in 2009 (- 26,8 %), dessen Bruttowertschöpfung hat sich 2010 mit + 6,8 Prozent als einzigem Kreis lediglich einstellig erhöht.

*Dies trifft auch für die Stadt Stuttgart und den Landkreis Böblingen zu*

Schließlich verdient der Hinweis Beachtung, dass das Verarbeitende Gewerbe in der Stadt Stuttgart (+ 49,3 %) und im Landkreis Böblingen (+ 65,0 %) 2010 jeweils sogar etwas kräftiger gewachsen ist als in der Stadt Wolfsburg beziehungsweise im Landkreis Germersheim.

### Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 2009 und 2010

*Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes bestimmte weitgehend den BIP-Rückgang 2009 ...*

Eine Gegenüberstellung der Abbildungen 6 und 7 unterstreicht mit aller Deutlichkeit den Einfluss des Verarbeitenden Gewerbes auf die starke Abnahme des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 und ebenso dessen ebenso kräftige Zunahme im Jahr 2010. So war 2009 der Wertschöpfungsverlust des Verarbeitenden Gewerbes in allen aufgeführten Kreisen deutlich stärker ausgeprägt als der schon sehr kräftige Rückgang des Bruttoinlandsprodukts. Beispielsweise im Landkreis Germersheim, im Landkreis Anhalt-Bitterfeld, im Wartburgkreis, im Landkreis Freudenstadt, im Bodenseekreis, im rheinland-pfälzischen Donnersbergkreis, in der Stadt Münster und im Saarpfalz-Kreis war die negative Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes mehr als doppelt so hoch wie beim Bruttoinlandsprodukt, im Falle des Landkreises Rastatt, der Stadt Schweinfurt und des Landkreises Börde waren es knapp zwei Mal so viel.

*... und ebenso das BIP-Wachstum 2010 in den untersuchten Stadt- und Landkreisen*

Aber auch im anschließenden allgemeinen Aufschwungsjahr 2010 wurde die wirtschaftliche Erholung in den meisten hier näher untersuchten Kreisen weitgehend durch das Verarbeitende Gewerbe bestimmt. So war in allen aufgeführten Kreisen die Zunahme des Verarbeitenden Gewerbes höher, teilweise deutlich höher als beim Bruttoinlandsprodukt, und auch beim Landkreis mit 2010 erneuten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsverlusten (Landkreis Saarlouis mit - 0,9 %) war hierfür im Wesentlichen das Verarbeitende Gewerbe (- 9,3 %) wesentlich verantwortlich.

*Spitzenreiter beim BIP-Wachstum 2010 sind die Stadt Wolfsburg und der Landkreis Germersheim, ...*

Hervorzuheben sind erneut einige Kreise, in denen der prozentuale Zuwachs 2010 im Verarbeitenden Gewerbe mehr als doppelt, teilweise etwa drei Mal so hoch war wie beim Bruttoinlandsprodukt, nämlich die Landkreise Germersheim, Anhalt-Bitterfeld, Wartburgkreis, Rastatt, Freudenstadt, Schwarzwald-Baar-Kreis, Donnersbergkreis und Saarpfalz-Kreis sowie die Städte Schweinfurt und Münster. Den kräftigsten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts hat 2010 die Stadt Wolfsburg mit nicht weniger als + 30,8 Prozent erfahren, auch hier nachhaltig unterstützt durch ein Spitzenwachstum der Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes um beachtliche + 47,6 Prozent.

*... aber auch der Landkreis Böblingen ist in diesem Zusammenhang zu nennen*

Abschließend sei bemerkt, dass sich 2010 der Landkreis Böblingen beim BIP-Wachstum mit + 27,2 Prozent immerhin zwischen die Stadt Wolfsburg (+ 30,8 %) und den Landkreis Germersheim (+ 26,7 %) schieben konnte.

## Zusammenfassung

*Die konjunkturelle Entwicklung der untersuchten Städte und Landkreise zwischen 2008 und 2010 war weitgehend durch das Verarbeitende Gewerbe und hier insbesondere die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenzubehör geprägt*

In diesem Beitrag wurde herausgearbeitet, wie sehr sich die Rezession 2009 und der anschließende Boom 2010, gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, auf die Stadt Stuttgart, die Landkreise der Region Stuttgart, die deutschen Großstädte und einige ausgewählte Stadt- und Landkreise ausgewirkt haben. Dabei wurde der Einfluss des Verarbeitenden Gewerbes als besonders konjunkturabhängiger Wirtschaftsbereich im Abschwung- wie auch im Aufschwungjahr deutlich und hier vor allem die der Herstellung von Kraftfahrzeugen, Kraftwagenteilen und Kraftfahrzeugzubehör.

Die Automobilproduktion war 2009 weltweit von der Rezession sehr stark betroffen, die Konjunkturpakete der Bundesregierung mit ihren Komponenten zur Unterstützung des Kaufs neuer Kraftfahrzeuge haben den in Deutschland schnellen Wiederaufschwung im Jahr 2010 merklich gefördert.

*Typische Beispiele hierfür sind die Stadt Stuttgart und einige Kreise der Region Stuttgart ...*

Gerade wegen der starken Ausrichtung auf den Automobilbau hat die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes der Stadt Stuttgart unter den Großstädten 2009 mit - 35,9 Prozent am stärksten ab-, aber 2010 mit + 49,3 Prozent ebenfalls am stärksten zugenommen. Wie beim Verarbeitenden Gewerbe, so hat auch beim Bruttoinlandsprodukt insgesamt der Zuwachs 2010 (+ 8,7 %) den Rückgang 2009 (- 7,8 %) in Stuttgart prozentual übertroffen, überdies sogar absolut. Ähnliche Entwicklungen haben innerhalb der Region Stuttgart vor allem der stark automobilgeprägte Landkreis Böblingen, außerdem die Landkreise Esslingen und Ludwigsburg mit ebenfalls wichtigen Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenzubehör genommen.

*... sowie weitere Automobilstädte und -regionen, allerdings in starker Abhängigkeit von den jeweils ansässigen Firmen*

Bundesweit treffen diese Tendenzen außerdem für weitere Automobilstädte wie Bremen, Hannover, Wolfsburg, Salzgitter, Köln, München und Schweinfurt zu, gleichermaßen für Landkreise, in denen Unternehmen der Automobilherstellung eine dominierende Rolle spielen, so die Landkreise Saarlouis, Germersheim, Wartburgkreis, Rastatt, Bodenseekreis oder Saarpfalz-Kreis. Dabei zeigen die für diese Kreise teilweise unterschiedlichen Ergebnisse, dass die Entwicklung der betroffenen Städte in signifikanter Weise von der jeweiligen Situation der dort ansässigen Firmen beeinflusst wird.

**Autor:**  
**Dr. Werner Münzenmaier**  
**Telefon: (0711) 123-4703**  
**E-Mail: [werner.muenzenmaier@mfw.bwl.de](mailto:werner.muenzenmaier@mfw.bwl.de)**

- 1 Dr. Werner Münzenmaier war Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dort unter anderem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuständig.
- 2 Hier wird auf unterschiedliche Berechnungsstände für Bundes-, Länder- und Kreisergebnisse Bezug genommen. Dies ist zweifelsohne etwas verwirrend. Die Notwendigkeit ergibt sich jedoch dadurch, dass aktuelle Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Statistischen Bundesamt beziehungsweise vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zeitlich gestuft, also zu unterschiedlichen Terminen veröffentlicht werden. Im Interesse einer Darlegung aller Konjunkturzyklen seit 1995 ist für Abbildung 1 die Bezugnahme auf die aktuellsten Bundeswerte bis einschließlich 2012 (Stand Januar 2013) erforderlich. Die hier für 2010 genannten, von den aktuellen Bundeswerten abweichenden Ergebnisse für die Länder beziehen sich auf den Berechnungsstand August 2012. Die in der nachfolgenden Tabelle und in den Abbildungen 2 bis 7 wiedergegebenen Werte sind einheitlich zum derzeit aktuellsten Berechnungsstand für Kreisergebnisse (August 2011) dargestellt.
- 3 Vgl. Statistische Ämter der Länder: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Kreisergebnisse Band 1: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2010 (Berechnungsstand: August 2011), Stuttgart 2013.
- 4 Streng genommen liegt die Einwohnerzahl in Duisburg seit 2008 knapp unter 500 000 Einwohnern.

# Ihre Meinung ist gefragt!



11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

## Die Ergebnisse der Bürgerumfrage 2011 in der Gesamtschau

mit Beiträgen von:

Anke Schöb  
Erste Ergebnisse der Stuttgarter  
Bürgerumfrage 2011

Michael Haußmann  
Das kommunalpolitische Interesse der jungen  
Stuttgarter/-innen ist deutlich gestiegen

Jochen Gieck  
- Mobil ohne eigenes Auto  
- Die Luftqualität im Wohnumfeld aus der Sicht  
der Bürger  
- Lärmwahrnehmung der Stuttgarter Bevölke-  
rung

Katharina Weßling  
Private Internetnutzung in der Stuttgarter  
Bevölkerung

Dr. Martin Schairer, Anke Schöb, Thomas Schwarz  
Öffentliche Sicherheit in Stuttgart  
Ergebnisse der Bürgerumfragen  
von 1999 bis 2011

**Landeshauptstadt Stuttgart  
Statistisches Amt**

Eberhardstraße 39  
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587  
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: [poststelle.12@stuttgart.de](mailto:poststelle.12@stuttgart.de)

Internet: [www.stuttgart.de/statistik](http://www.stuttgart.de/statistik)

# Mietspiegel 2013/2014



## Qualifizierter Mietspiegel 2013/2014 für Stuttgart

Fortgeschrieben auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobenerhebung vom April 2012

6,50 € (zuzüglich Versandkosten)

**Landeshauptstadt Stuttgart**  
**Statistisches Amt**

Eberhardstraße 39  
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587  
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: [poststelle.12@stuttgart.de](mailto:poststelle.12@stuttgart.de)

Internet: [www.stuttgart.de/statistik](http://www.stuttgart.de/statistik)

# Die Oberbürgermeisterwahl am 7. Oktober 2012 und die Neuwahl am 21. Oktober 2012 in Stuttgart



- Wahlergebnisse der Oberbürgermeisterwahl am 7. Oktober 2012 und der Neuwahl am 21. Oktober 2012
- Die Wahlergebnisse in ihrer räumlichen Verteilung im Stadtgebiet
- Die Bewerberergebnisse
- Wahlberechtigte
- Wahlbeteiligung
- Briefwahl

11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

**Landeshauptstadt Stuttgart**  
**Statistisches Amt**

Eberhardstraße 39  
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587  
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: [poststelle.12@stuttgart.de](mailto:poststelle.12@stuttgart.de)

Internet: [www.stuttgart.de/statistik](http://www.stuttgart.de/statistik)

Lust auf mehr? Dann besuchen Sie unsere Homepage unter

[www.stuttgart.de/statistik](http://www.stuttgart.de/statistik)

Hier finden Sie die gesamte Themenpalette der Statistik mit kostenlosen Downloads, Shop und Newsletter des Statistischen Amts

The screenshot shows the homepage of the Stuttgart Statistical Office. At the top, there is a search bar and a navigation menu. The 'Daten / Fakten' menu item is circled in pink. Below the menu, the main content area is divided into several sections. The 'Statistik Gesamtstadt' section is highlighted with a pink arrow pointing from the menu. The page also features a sidebar with various service links, including 'Kostenlose Downloads und Shop' and 'Newsletter des Statistischen Amts'. The bottom of the page contains contact information for the Landeshauptstadt Stuttgart Statistisches Amt.

Landeshauptstadt Stuttgart  
Statistisches Amt

Eberhardstraße 39  
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587  
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: [poststelle.12@stuttgart.de](mailto:poststelle.12@stuttgart.de)

Internet: [www.stuttgart.de/statistik](http://www.stuttgart.de/statistik)

## Veröffentlichungen zu den Themen:

Werner Münzenmaier:

**Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Eckdaten in Stuttgart und anderen Großstädten sowie ihren Regionen 1996 bis 2008,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 8/2012, S. 283-292

**Wirtschaftskraft und Einkommen in Stuttgart und anderen Großstädten sowie ihren Regionen im Jahre 2008,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 6/2012, S. 203-229

Robert Gunderlach:

**49 000 Menschen lebten 2010 in Stuttgart von Sozialer Mindestsicherung,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 7/2012, S. 237-241

**Empfänger von sozialer Mindestsicherung in Stuttgart 2009,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 2/2011, S. 43-48

Matthias Strauß:

**Das Wetter 2011 – zu warm und zu trocken,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 2/2012, S. 39